

CDU

DIE SACHSEN-ANHALT-PARTEI

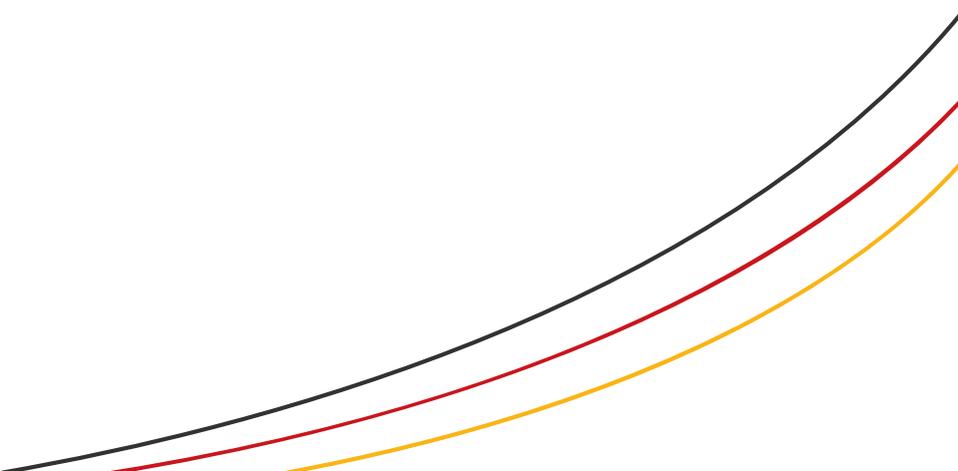
SACHSEN-ANHALT.

Unsere Verantwortung.

Unsere Zukunft.

Grundsatzprogramm der CDU Sachsen-Anhalt

Beschlossen auf dem 32. CDU-Landesparteitag
am 30. September 2023 in Magdeburg.



Inhalt

Grundwerte – Was unsere Welt im Innersten zusammenhält	3
Soziale Marktwirtschaft – Fundament unseres Wohlstands	9
Ideologiefreie und technologieoffene Energieerzeugung für eine klimaneutrale Gesellschaft	16
Bildung - Chancen und Perspektiven	20
Unser Kulturland Sachsen-Anhalt	25
Heimatpflege und Umweltschutz mit einer modernen Land- und Forstwirtschaft	29
Familie und Gleichstellung	37
Für ein soziales Miteinander und eine tragfähige Gesundheitsversorgung	43
Nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik	49
Für gleichwertige Lebensverhältnisse - Infrastruktur und Digitalisierung zum Motor für Wirtschaft und Wohlstand machen	51
Freiheit und Sicherheit im 21. Jahrhundert	57
Starke Bürger – Starkes Land.....	66
Impressum	70

Grundwerte – Was unsere Welt im Innersten zusammenhält

I. Das Christliche Menschenbild als Grundlage und Wurzel der CDU

Als nach den Schrecken der Naziherrschaft und den Katastrophen des zweiten Weltkrieges in Sachsen-Anhalt die CDU gegründet wurde, geschah dies mit der erklärten Absicht, zukünftig Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes zu gestalten. Nach Jahren einer zerstörerischen und menschenverachtenden Ideologie, suchten die Gründungsmütter und -väter unserer Partei ihre politischen Handlungsmotive bewusst im christlichen Glauben. So wurde das christliche Menschenbild zur Gründungsidee und zum Alleinstellungsmerkmal der CDU. Ein solches Menschenbild, das auch auf den Traditionen der europäisch-abendländischen Kultur mit ihren Wurzeln in Judentum, Christentum und Aufklärung beruht, ist die Grundlage von Politik in Verantwortung vor Gott und dem Menschen. Dieses Leitbild soll auch zukünftig programmatische Grundlage unserer Arbeit sein. Ergänzt wird dieses Leitbild durch ein modernes Werteverständnis, das in einer säkularen und multireligiösen Gesellschaft auch bei Mitbürgerinnen und Mitbürgern ohne konfessionelle Zugehörigkeit oder christliche Bindung Zuspruch findet und dessen Wesenskern die Achtung der Gottesebenbildlichkeit des Menschen ist, die diesem seine unverlierbare Würde verleiht und ethische Konsequenzen für das Handeln am Mitmenschen und damit auch für unser politisches Wirken nach sich zieht. Es kommt für uns deshalb darauf an, unser Werteverständnis so zu entwickeln, dass die CDU in einer teilweise säkularen und teilweise multireligiösen Gesellschaft mit ihrem Bezug auf das christliche Menschenbild weiterhin breite Anhängerschaft findet und ihre Rolle als Volkspartei wahrnehmen kann.

Zwei Prinzipien dieses Menschenbildes sind für uns dabei von besonderer Bedeutung:

1. Das Wissen um die Begrenztheit menschlichen Tuns und
2. Das Bekenntnis zur Würde eines jeden Menschen

Zu 1. Das Wissen um die Unvollkommenheit und Begrenztheit menschlichen Tuns

Jeder Mensch als ein Teil von Gottes Schöpfung ist aber auch Irrtum und Schuld ausgesetzt. Die Unvollkommenheit des Menschen setzt auch unserer Planungs- und Gestaltungsfähigkeit in der Politik Grenzen. Bei allem Engagement können wir die vollkommene Welt nicht schaffen. Die Einsicht in die Begrenztheit menschlichen Tuns bewahrt uns vor ideologischen Heilslehren und einem totalitären Politikverständnis, wie wir es in unserer Geschichte immer wieder erleben mussten. Als Demokraten halten wir zusammen. Entschieden stellen wir uns gegen jede Form von Extremismus und Ausgrenzung.

Das Gedenken an die Schrecken der NS-Herrschaft sowie die Erinnerung an die Zeit der SED-Diktatur mahnen uns vor den fatalen Folgen politischer Heilslehren: Aus der nationalsozialistischen Idee eines völkischen „Tausendjährigen Reiches“ erwachsen Tyrannei, Krieg und ein beispielloser Völkermord. In der DDR konnte man erfahren, wie mit sozialistischen Heilsversprechen ein totalitärer Herrschaftsanspruch begründet und Freiheitsrechte substanziell beschnitten, Umwelt zerstört und die Wirtschaft ruiniert wurden.

Wir bekennen uns zum Allgemeinwohl und wertschätzender Sprache. Moralische Bevormundung wird von uns abgelehnt. Die Gefahr, die von überzogenen politischen Leitbildern und utopistischen Ideologien ausgeht, bleibt für uns auch weiterhin eine besondere Herausforderung. Ausgehend von unserem Menschenbild setzen wir deshalb auf eine verantwortungsbewusste und vernünftige Politikgestaltung, deren Ziel eine Gesellschaft ist, die jedem ein Leben in Würde ermöglicht.

Dieses sachliche Politikverständnis kennzeichnet unseren Christdemokratischen Konservatismus.

II. Als wertebundene Volkspartei für den gesellschaftlichen Zusammenhalt eintreten

Die CDU steht auf einem klaren Wertefundament, das sich aus dem christlichen Menschenbild herleitet. Dieser gemeinsame Wertebezug hat in unserer Partei Menschen unterschiedlicher Herkunft und Interessenlagen zu gemeinsamem politischem Handeln geführt. Nach den Jahrzehnten der staatlichen Teilung haben wir uns als Partei der Deutschen Einheit auf einer gemeinsamen Wertgrundlage erfolgreich für das Zusammenwachsen unseres Vaterlandes eingesetzt. Unter dem gemeinsamen Wertebezug werden politische Strömungen zusammengeführt, die sonst oft in Gegensatz und Abgrenzung zueinander gesehen werden. So vereint die CDU als einzige Volkspartei der Mitte in ihrer Programmatik christlich-soziale, liberale und konservative Überzeugungen. Die CDU hält an Ziel und Aufgabe, Volkspartei zu sein, fest; in Verantwortung vor ihren Wählerinnen und Wählern, aber auch unserer Demokratie.

Christlich-sozial

Wir als CDU sind christlich-sozial, weil wir den Menschen sowohl als ein mit Würde ausgestattetes Individuum als auch als ein soziales Wesen begreifen und die gegenseitige Verantwortung der Menschen füreinander in der Gesellschaft uns ein besonderes Anliegen ist.

Liberal

Wir als CDU sind liberal, weil wir an die Freiheit und Eigenverantwortung der Menschen glauben und der Kreativität des Einzelnen Entfaltungsmöglichkeiten geben wollen.

Konservativ

Wir als CDU sind konservativ, weil wir die Begrenztheit menschlichen Handelns im Blick haben und deshalb für eine pragmatische Politikgestaltung eintreten. Mit dieser Grundhaltung können wir das Bewährte bewahren, ohne zu erstarren und die Zukunft gestalten, ohne übereilt dem Zeitgeist zu folgen.

Nationale Identität, Stolz und Heimatverbundenheit haben nichts mit nationalsozialistischer, rechtsradikaler oder revanchistischer Politik zu tun, sondern sind gelebter Patriotismus.

Zu 2. Unser Bekenntnis zur Würde eines jeden Menschen

Die Würde aller Menschen ist gleich und unveräußerlich – unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität, sozialem Status und Alter sowie unabhängig von religiöser und politischer Überzeugung. Sie ist unabhängig von Gesundheit und Leistungskraft, von Erfolg oder Misserfolg und vom Urteil anderer. Wir achten jeden Menschen als einzigartige Persönlichkeit in allen Phasen seines Lebens. Diese unveräußerliche und unantastbare Würde liegt in der Gottesebenbildlichkeit des Menschen begründet.

Aus der Anerkennung dieser allgemeinen Menschenwürde leiten sich die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ab. Hier liegt auch unsere Verpflichtung zu einer Politik der Nachhaltigkeit begründet.

Freiheit

Aus der Würde eines jeden Menschen erwächst sein Recht zur freien Entfaltung seiner Persönlichkeit. Dabei wird die eigene Freiheit durch die des anderen bedingt und begrenzt. Wer Freiheit fordert, muss die Freiheit seiner Mitmenschen anerkennen. Sie berechtigt und verpflichtet zugleich. Freiheit und Verantwortung gehören für uns zusammen.

Wir treten für die freie Rede freier Bürger ein. Wir sind der Überzeugung, dass die Gleichberechtigung der Geschlechter gelingen kann, ohne Sonderzeichen außerhalb des Regelwerkes der deutschen

Sprache zu verwenden. Einen „Genderzwang“ lehnen wir ab. Wir sind gegen Gendersprache im amtlichen Sprachgebrauch von Medien, Verwaltung und Bildungseinrichtungen.

Gerechtigkeit

Die Gleichheit der Menschen ist Grundlage unseres Rechtsverständnisses. Deshalb gilt in unserem Rechtsstaat der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz. Gleiches Recht für alle schützt vor willkürlichem Handeln und sichert Freiheit auch für die Schwächeren. Gerechtigkeit soll allen die Möglichkeit eröffnen, ihre Lebenschancen frei und selbstverantwortlich wahrzunehmen. Dies erfordert gleiche Entwicklungschancen etwa in der Bildung oder in der Arbeitswelt. Es bedeutet jedoch nicht, dass Gerechtigkeit uniforme Gleichheit schafft, denn jeder Mensch ist individuell. Durch gerechtes Handeln wollen wir gleiche Chancen für alle eröffnen, nicht dagegen gleiche Ergebnisse versprechen – denn Leistung soll sich lohnen.

Solidarität

Solidarität ist ein Gebot der Nächstenliebe und entspringt der Idee der Menschenwürde und der gerechten Teilhabe. Welchen Platz jemand in der Gesellschaft hat, darf nicht nur von seiner Herkunft, seiner Bildung, oder auch dem Glück abhängen, sondern insbesondere auch von der eigenen Leistung und Anstrengung. Ohne einen funktionierenden Sozial- und Rechtsstaat kann niemand erfolgreich sein. Daher ist es gerecht und notwendig, dass diejenigen, die von und in dieser Gesellschaft besonders profitieren, im angemessenen Rahmen an diese auch mehr zurückgeben. Dabei muss darauf geachtet werden, dass sich Leistung immer lohnt.

Schon im Alltag tragen wir wechselseitige Verantwortung – die gegenseitige Unterstützung in der Familie, unter Freunden und Nachbarn sowie in vielfältigen Gemeinschaften. Dabei gilt: Dort, wo die Kräfte der Einzelnen nicht ausreichen, müssen Gemeinschaft und Staat helfen. Dabei ist die Verantwortung der Einzelnen für sich selbst und die Verpflichtung des Staates für diejenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind, Grundlage unseres christdemokratischen Verständnisses des Gemeinwesens. Solidarität erfordert zudem generationsgerechtes Handeln. Ein Leben auf Kosten künftiger Generationen wäre mit den Grundsätzen der Solidarität unvereinbar. Alle politischen Entscheidungen müssen der Verantwortung gegenüber den nachwachsenden Generationen gerecht werden. So dürfen wir deren Chancen nicht durch eine unverantwortliche, auf Schulden basierende Finanzpolitik oder andere Entscheidungen mindern, deren Kosten maßgeblich in der Zukunft zu tragen sind.

Nachhaltigkeit

Wir fühlen uns in besonderer Weise dafür verantwortlich, unseren Beitrag zum Schutz des natürlichen Lebensraumes zu leisten. Nachhaltigkeit ist daher ein elementarer Bestandteil unseres Werteverständnisses und kann als gesamtgesellschaftliche Aufgabe nur gelingen, wenn soziale und wirtschaftliche Aspekte gebührend Berücksichtigung finden. Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Wirtschaftskraft müssen erhalten bleiben beziehungsweise neu geschaffen werden, wenn neue Entwicklungschancen für ökologische Vorsorge und Verbesserungen ermöglicht werden sollen. So können die großen Herausforderungen der Bewahrung der Schöpfung und des globalen Klimaschutzes nur durch geeignete technologische und wirtschaftliche Innovationen bewältigt werden. Gerade solche Weiterentwicklungen stärken zugleich unsere Wirtschaft und schaffen neue, zukunftssichere Arbeitsplätze vor Ort. Wirtschaft dürfen Umwelt für uns deshalb kein Widerspruch sein. Es geht uns um beides. Wir verstehen den Menschen als Teil der Schöpfung; es steht ihm nicht zu, nach Belieben über die Natur zu verfügen. Gottes Schöpfung ist uns zur Gestaltung und Bewahrung anvertraut. Wir sind dafür verantwortlich, dass wir sie den nachfolgenden Generationen unversehrt weitergeben.

Auf dieser Grundlage wollen wir angesichts der Pluralisierung der Gesellschaft und der Individualisierung der Lebensverhältnisse in unserer Gesellschaft als Volkspartei weiterhin den Zusammenhalt stärken und Gemeinschaftssinn fördern. Hierin ist Handeln in Verantwortung vor Gott und dem Menschen, wie es in Grundgesetz und Landesverfassung festgeschrieben ist, verankert.

Unser Leitbild ist eine offene Gesellschaft, in der freie und mündige Bürgerinnen und Bürger füreinander einstehen. Es gilt: Die Jungen für die Alten, die Alten für die Jungen, die Starken für die Schwachen und die Schwachen für die Starken. Gemeinsam müssen wir Verantwortung dafür tragen, dass jeder seinen Platz in unserer Gesellschaft finden kann. Die CDU-Sachsen-Anhalt setzt sich für ein gesellschaftliches Dienstjahr für alle ein.

Auch in Zeiten der Globalisierung und Europäisierung vieler Lebensbezüge bleibt unsere Zusammengehörigkeit als deutsche Nation ein wichtiges Fundament für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Unsere gemeinsame Sprache, unsere Werte, unsere Geschichte und Kultur sowie das Leben und Handeln in einem wiedervereinten deutschen Nationalstaat begründen ein patriotisches Zusammengehörigkeitsgefühl. Patriotismus bedeutet für uns, die Geschichte unseres Landes mit seinen positiven wie negativen Seiten ganz anzunehmen und die Zukunft auf dieser Grundlage verantwortlich zu gestalten. Nur mit einem klaren Bekenntnis zu uns selbst und zu unserer durch Geschichte und Kultur geprägten Gemeinschaft können wir Integration und Teilhabe Zugewanderter überzeugend einfordern und gestalten. Teil unserer Gesellschaft zu sein, heißt, an unsere Geschichte,

unseren vielfältigen Traditionen und Erfahrungen, unseren Formen und Normen des Zusammenlebens, an unserer Kultur teilzuhaben. Das gilt für jede und jeden, der auf Dauer bei uns bleiben und somit Teil dieser Gesellschaft sein will.

Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft basiert auf unserem Vertrauen in die Eigeninitiative, Kreativität und Innovation der einzelnen Bürgerinnen und Bürger vor Ort, hier bei uns in Sachsen-Anhalt. Es sind die Menschen vor Ort, die für Ziele einstehen und dafür sorgen, dass sich unsere Heimat stetig entwickelt und zukunftsgerichtet bleibt. Wir als CDU tun alles für eine aktive Bürgergesellschaft in Sachsen-Anhalt, in welcher die Menschen ihr Leben und das Miteinander vor Ort selbstbestimmt und solidarisch gestalten. Deshalb bekennen und schützen wir die Prinzipien der Subsidiarität, des Föderalismus und die kommunale Selbstverwaltung. Jeder Einzelne soll die Möglichkeit haben, die Herausforderungen des Lebens vor Ort in selbstbestimmter Weise ohne staatliche Intervention bewältigen zu können. Schließlich sind es die Menschen vor Ort, die die Herausforderungen und Bedürfnisse ihrer Heimat kennen und genau wissen, was dieser guttut. Insofern hat Eigeninitiative und selbstbestimmtes Miteinander Vorrang vor staatlicher Aktivität. Aus dem christlichen Menschenbild der CDU ergibt sich ein tiefes Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Wir wollen durch unser Wirken als Partei in Sachsen-Anhalt und in Deutschland die liberale und rechtsstaatliche Demokratie in unserem Bundesland und in ganz Deutschland stärken. Wir wissen, dass Demokratie engagierte und informierte Bürgerinnen und Bürger braucht. Als CDU Sachsen-Anhalt bekennen wir uns zu den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen.

Integration und Vielfalt – Sachsen-Anhalt ist Heimat für uns alle. Ohne die gemeinsame Wertschätzung unseres freiheitlichen Gemeinwesens, ohne Patriotismus, ohne die Bereitschaft in Heimat und Nation Pflichten zu erfüllen, Verantwortung zu übernehmen und Solidarität zu üben, kann unser Land nicht gedeihen. Nur mit dem klaren Bekenntnis zu uns selbst als einer durch Geschichte und Kultur geprägten Gemeinschaft freier Bürger, können wir Integration und Teilhabe überzeugend fordern. Unsere kulturellen Werte und historischen Erfahrungen sind die Grundlage für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Sie bilden unsere Leitkultur. Wir wollen sie mit Leben erfüllen. Sachsen-Anhalt ist ein weltoffenes Land, in dem Menschen unterschiedlicher Herkunft leben und unser Land mit ihren Fähigkeiten und Eigenschaften bereichern. Für unsere Unternehmen sind qualifizierte und leistungsbereite Zuwanderer eine Bereicherung. Im Wettbewerb um Talente können die Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur Sachsen-Anhalts nicht auf sie verzichten. Daher tritt die CDU für eine aktive Willkommenskultur ein. Für eine erfolgreiche Integration sind zum einen Kenntnisse der deutschen Sprache sowie gleichberechtigte Teilhabe an den Bildungsmöglichkeiten und zum anderen die Akzeptanz von Zuwanderung in der einheimischen Bevölkerung erforderlich.

Soziale Marktwirtschaft – Fundament unseres Wohlstands

Sachsen-Anhalt zum erfolgreichsten Wirtschaftsstandort in Ostdeutschland entwickeln

Sachsen-Anhalt verfügt als Teil Mitteldeutschlands über eine beeindruckende Industriegeschichte. An die einstigen Erfolge wollen wir anknüpfen. Dank der kontinuierlichen Wirtschaftspolitik CDU-geführter Landesregierungen hat sich unser Bundesland zu einem erstklassigen Investitions- und Innovationsstandort in Deutschland entwickelt. Diese Entwicklung gilt es mit dem Ziel fortzuführen, Sachsen-Anhalt am Ende des Jahrzehnts zum führenden Wirtschaftsstandort in Ostdeutschland zu entwickeln.

Die Attraktivität des Standorts Sachsen-Anhalt konnten wir nachhaltig verbessern und somit grundlegende Voraussetzungen für die Ansiedelung von großen Wirtschaftsunternehmen schaffen. Mit Großansiedlungen in Sachsen-Anhalt beginnt ein neues innovatives Kapitel der Geschichte unseres Landes. Die Ansiedelung entscheidender Zukunftstechnologien wird die Region nachhaltig wirtschaftlich, aber auch gesellschaftlich verändern. Sachsen-Anhalt wird in Zukunft als Hightechstandort und einer damit verwobenen Bildungslandschaft, zusammen mit den Hochschulen und Universitäten, bekannt sein. Für die Menschen in Sachsen-Anhalt sichern wir damit Wohlstand und werden auch für den Zuzug der dringend benötigten Fachkräfte interessant.

Soziale Marktwirtschaft- Erfolgreichstes Wirtschaftsmodell der Welt

Die Soziale Marktwirtschaft ist das erfolgreichste Wirtschaftsmodell der Welt. Sie bringt Freiheit, Wohlstand, Eigenverantwortung und Solidarität in Einklang wie keine andere Wirtschaftsordnung. Ihr marktwirtschaftlicher Wettbewerbsgedanke sorgt für Leistungsfreude, die Sozialordnung für Sicherheit und Ausgleich. Die CDU war, ist und bleibt federführend daran beteiligt, die Soziale Marktwirtschaft gegen planwirtschaftliche Bestrebungen durchzusetzen. Auch heute wehren wir uns dagegen, die Soziale Marktwirtschaft abzuschaffen oder diffamieren. Sie gibt uns die finanziellen Mittel für die gebotene Unterstützung der Bedürftigen. Aber: Wer sich anstrengt, muss mehr haben als derjenige, der dies nicht tut. Leistungswettbewerb fördert Eigeninitiative, schafft Innovationen und sorgt für einen fairen Preis. Wirtschaftliche Leistung muss sich auszahlen, und wirtschaftliche Risiken dürfen nicht abgewälzt werden. Eine Wirtschaftsordnung, die Gewinne privatisiert und Risiken sozialisiert, lehnen wir strikt ab. Die soziale Marktwirtschaft ist und bleibt unser Zukunftsmodell. Ihre Weiterentwicklung muss alle Dimensionen der Nachhaltigkeit, insbesondere die Ökologische in den Blick nehmen. Sie vereint soziale, ökonomische und ökologische Ziele. Wir wollen das Bewusstsein für Ressourceneffizienz in Wirtschaft und Gesellschaft fördern. Die tarifliche und die

betriebsverfassungsrechtliche Mitbestimmung sind Kernbestandteile unserer sozialen Marktwirtschaft und sollen weiterentwickelt werden.

Der achtsame Umgang mit unserer Umwelt, Grund und Boden sowie der Tier- und Pflanzenwelt und der Vielfalt der Arten ist uns Auftrag. Unsere Schöpfung müssen wir für die kommenden Generationen bewahren und dauerhaft schützen.

Investitionen und Infrastruktur

Sachsen-Anhalt ist ein klassisches Industrieland, aber auch ein Land von Mittelstand und Handwerk. Wir wollen, dass es so bleibt. Durch eine langfristige und bedarfsgerechte Ansiedlungspolitik ist es in den zurückliegenden 30 Jahren gelungen, unser Bundesland zu einem der attraktivsten Investitionsstandorte für in- und ausländische Investoren in Deutschland zu entwickeln. Dabei liegt unser Fokus jedoch nicht nur auf Neuansiedlungen, sondern auch auf der Bestandssicherung unserer vorhandenen Unternehmen, die überwiegend mittelständisch geprägt sind. Auch an dieser Stelle hat eine kontinuierliche und nachhaltige, von der CDU geprägte, Wirtschaftspolitik dafür gesorgt, dass unser Bundesland Spitzenplätze bei den Erweiterungsinvestitionen einnimmt und weiter einnehmen wird. In den kommenden Jahren wollen wir dafür sorgen, dass weiterhin Industrieflächen und Infrastruktur erschlossen werden. Eine gezielte Wirtschafts- und Infrastrukturförderung muss auch weiterhin den ländlichen Raum umfassen und darf sich nicht nur auf die städtischen Ballungsräume konzentrieren.

Wirtschaft braucht Wege, Menschen brauchen Mobilität und alle brauchen das Internet. Eine leistungsfähige und Ressourcen schonende Infrastruktur ist die Voraussetzung dafür, dass es überall Chancen gibt. Leistungsfähige Telekommunikations- und Breitbandverbindungen sind in der Gigabit - Gesellschaft genauso Lebensadern für ein Land wie Verkehrswege, Transportmittel und Stromnetze. Wir müssen Mobilität von Menschen, Gütern und Daten neu denken. Moderne Mobilität bedeutet die Verknüpfung von Infrastruktur, Verkehrsträgern und digitaler Kommunikation auf jeweils höchstmöglichem Niveau.

Innovationen und exzellente Forschung

Innovationen sind die Basis für unseren Wohlstand und sozialen Frieden. Offenheit für Neues und Mut zum Unternehmertum liegen im Interesse unserer Gesellschaft. Wir treten dafür ein, die Soziale Marktwirtschaft stark zu machen. Wir wollen den Geist der Wirtschaftswunderjahre der alten Bundesrepublik auch in Sachsen-Anhalt neu beleben. So kann die Soziale Marktwirtschaft ihr Wohlstandsversprechen auch künftig einlösen. Unsere Wirtschafts- und Sozialordnung ist auf die

Innovationskraft von Unternehmen und Wissenschaft angewiesen. Deshalb ist es entscheidend, sie nachhaltig zu stärken und zu fördern. Innovationen sichern Arbeitsplätze und stabilisieren unsere sozialen Sicherungssysteme. Fortschritt, Innovationen und Wachstum sind wichtig, um somit Entfaltungsmöglichkeiten und soziale Gerechtigkeit auch in Zukunft zu gewährleisten. Wir stehen für Fortschritt statt Stillstand. Wir brauchen eine gesellschaftliche Innovationskultur: Sachsen-Anhalt muss offen bleiben für verantwortliche Innovationen und soll Lust auf Zukunft wecken. Unternehmer, Gründer und Beschäftigte sorgen für Aufbruch. Nur wenn wir Neues wagen, können wir Zukunft gewinnen. Die mittelständische Wirtschaft ist eine wesentliche Quelle von Fortschritt, Innovation und Wachstum. Innovationsfähigkeit gibt es nur mit unternehmerischer Freiheit. Daher setzen wir auf weniger Bürokratie und mehr Anreize für eine nachhaltige Standortentwicklung in unserem Land. Wir sorgen für gute Rahmenbedingungen, damit bestehende Betriebe Zukunft haben und Neues entstehen kann. Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die Quellen unseres Wohlstandes. Sie sind maßgeblich für den Erfolg im globalen Wettbewerb um Talente und Ideen. Eine moderne und digitalisierte Hochschul- und Forschungslandschaft ist hierfür eine wesentliche Voraussetzung. Wir fördern die enge Kooperation mit der Wirtschaft. Technologietransfer sorgt dafür, dass aus neuen Erkenntnissen neue Anwendungen werden. Jeder Innovationsvorsprung sichert unseren Dabei verfolgen wir folgenden Ansatz: Integrative Gestaltung der gesamten Innovationskette von der Grundlagenforschung über die angewandte Wissenschaft bis hin zur Überführung in die Praxis/Wirtschaft. Wir stehen für Markt- und praxisgerechte Gestaltung der Ausbildung, um in der Wirtschaft benötigte Absolventen zu fördern. Wir unterstützen die vorrangige Entwicklung derjenigen Wissenschaftsfelder, die internationale Spitzenleistungen erwarten lassen und die für die ökonomische Entwicklung Sachsens-Anhalts von besonderem Nutzen sind. Beispiele hierfür sind Chemie- und Ingenieurwissenschaften, Biotechnologie, Agrar- und Ernährungswissenschaften, alternative CO₂-freie, erneuerbare Energieträger bzw. Klimaanpassungsstrategien (Wasserwirtschaft, Pflanzenzüchtung, Trockenresistenz, Biodiversität) sowie Informatik und Cybersicherheit.

Fairer Wettbewerb-Teilhabe am Wohlstand

Eine faire Wirtschafts- und Sozialordnung muss allen die Teilhabe am Wohlstand ermöglichen. Unsere Maxime heißt: Chancen durch Befähigung, nicht durch Umverteilung! Wir wollen den Menschen ermöglichen, ihr Potenzial zu nutzen: überall und alle. Für uns gelten die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und des fairen Wettbewerbs. Erfolgreiches Wirtschaften ist auf Dauer nur mit sozialem Frieden möglich. Fairness heißt für uns: Wir wollen, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können und soziale Sicherheit haben. Wir setzen uns für einen gerechten Sozialstaat ein. Zur Gerechtigkeit gehört Eigenverantwortung. Wir wollen ein selbstbestimmtes Leben fördern und zu

Eigenverantwortung befähigen. Arbeitnehmer gehören zu den Leistungsträgern unserer Gesellschaft. Jede Arbeit ist sinnvoll und hat ihren Wert. Wer arbeitet, soll und muss mehr in der Tasche haben als jemand, der nicht arbeitet. Instrumente der Sozialpolitik wie die Tarifbindung, Qualifizierungsmaßnahmen oder angemessene Löhne können helfen, diesen Anspruch zu erfüllen. Fairness im Erwerbsleben bedeutet nicht nur Auskommen, sondern auch Lebensqualität. Die moderne Arbeitswelt benötigt einen modernen Rahmen. Die Prinzipien der Tarifautonomie, der Mitbestimmung und der Sozialpartnerschaft haben sich bewährt. Gleichzeitig stellt uns die Arbeitswelt vor neue Herausforderungen. Internationaler Austausch, Digitalisierung und demografischer Wandel verändern die Ansprüche an die Arbeitswelt. Neue Arbeitsformen verwischen die Grenzen zwischen angestellter und selbstständiger Tätigkeit. Unsere Überzeugung ist, dass die moderne Arbeitswelt gemeinsam neu gedacht werden muss: mit grundsätzlicher Verlässlichkeit und notwendiger Flexibilität. Das Arbeitsrecht muss an die moderne Arbeitswelt angepasst, aber nicht entkernt werden. Wir setzen uns für den notwendigen Schutz der Arbeitnehmer und für höhere Anreize, die zur Aufnahme einer geregelten Arbeit sorgen und parallel dazu diejenigen stärker in die Verantwortung nehmen, die sich im System des Sozialstaates eingerichtet haben, ein.

Zum modernen Arbeitsleben gehören auch gesunde Arbeitsbedingungen auf der Grundlage bestehender gesetzlicher Arbeitsschutzgesetze. Wir wollen, dass die Menschen gesund in Rente kommen.

Fachkräfte begeistern und gewinnen

Eine hochtechnisierte und moderne Volkswirtschaft braucht qualifizierte Fachkräfte. Diese fehlen besonders bei Mittelstand und Handwerk, also dort, wo ein großer Teil der Wertschöpfung in unserem Bundesland stattfindet. Dies hemmt nicht nur die Entwicklung der Unternehmen in Sachsen-Anhalt erheblich, sondern führt inzwischen sogar zu existenzbedrohenden Situationen. Wir werden das ändern, indem wir die duale Berufsausbildung weiter stärken und in der schulischen Ausbildung den Fokus verstärkt auf technische Berufe lenken. Eine Wissensgesellschaft lebt davon, möglichst jede Begabung zu entdecken und von Beginn an zu fördern. Wenn Menschen länger leben und arbeiten, ist es ein Gebot ökonomischer und sozialer Vernunft und eine Verpflichtung für jeden, in allen Phasen des Lebens neue Kompetenzen zu erwerben. Lebenslanges Lernen wird zur besten Versicherung gegen die Wechselfälle des Lebens. Wenn sich das Wissen rascher als früher erneuert und künftige Berufe anspruchsvoller werden, dann ist die Frage einer optimalen Bildung und Ausbildung die soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Wir wollen Theorie und Praxis wieder in ein vernünftiges Gleichgewicht bringen. Viele praktische Berufe brauchen in Zukunft mehr theoretisches Wissen als früher. In vielen akademischen Berufen ist es von Vorteil, früher und intensiver mit der Praxis in Berührung zu kommen.

Wir wollen das Lernen in und mit der Praxis aufwerten. Berufsakademien und Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind auch deshalb eine Erfolgsgeschichte, weil ihnen diese wechselseitige Durchdringung von Theorie und Praxis, Beruf und Studium besonders gut gelungen ist. Für die berufliche Bildung in Deutschland ist das duale System das Modell zur Verbindung von Theorie und Praxis. Es ist ein Standortvorteil im internationalen Wettbewerb. Betriebe und Schulen tragen in ihm gemeinsame Verantwortung für die Ausbildung. Es bietet Grundlagen für Einstiegs- und Aufstiegschancen. Dabei gilt es Mädchen und Jungen gleichermaßen für die Vielfalt in der Berufsorientierung zu motivieren und über die Breite der Ausbildungsmöglichkeiten zu informieren.

Bürokratie und Genehmigungsverfahren vereinfachen

Soziale Marktwirtschaft braucht einen festen Rahmen mit klaren Regeln. Dafür sorgt ein starker Staat. Der starke Staat ist durchsetzungsfähig im Großen und freiheitlich im Kleinen. Er soll Regulierung auf das notwendige Maß begrenzen. Der Staat soll nur dort tätig werden, wo Selbstregulierung und Selbstverantwortung nicht greifen. Wir stehen zu den Kammern als Träger der Selbstverwaltung in der Wirtschaft. Der Staat soll durch eine konstante Wirtschaftspolitik Planungssicherheit geben. Entschieden stellen wir uns gegen Überregulierung und von Kontrollwahn getragene bürokratische Gängelung. Aktive Wirtschaftspolitik ist unser Markenzeichen und eine wichtige Ergänzung der Ordnungspolitik. Die Investitionen in den zurückliegenden Jahren haben bewiesen, dass Schnelligkeit und der professionelle Umgang mit der Bürokratie Wettbewerbsvorteile mit sich bringen. Gerade für mittelständische Unternehmer und Handwerker sind überbordende bürokratische Anforderungen eine ernste Erschwernis für ihren wirtschaftlichen Erfolg. Wir brauchen deshalb eine neue Gesetzgebungs- und Verwaltungskultur, bei der die Vermeidung oder Begrenzung neuer Regelungen im Vordergrund steht. Bei neuen Gesetzgebungsvorhaben soll auf Kontrolle und Regulierung verzichtet werden, bis eine Notwendigkeit dafür eindeutig nachgewiesen ist. Bei neuen Gesetzgebungsvorhaben achten wir auf Praktikabilität sowie Umsetzbarkeit und vermeiden unnötige Bürokratie. Dazu wollen wir beispielsweise die Spielräume der Bundes- und EU-Gesetzgebung ausschöpfen. Durch eine Rücknahme von Statistikpflichten, die Anerkennung von Zertifizierungen und der Präqualifizierung wollen wir bei Genehmigungsverfahren deutlich schneller werden.

Leitbranchen

Sachsen-Anhalt verfügt über eine breit aufgestellte Wirtschaft. Dies wird mit Blick auf die Regionale Innovationsstrategie Sachsen-Anhalts, mit ihren Leitmärkten Energie, Maschinen- und Anlagebau,

Ressourceneffizienz, Gesundheit und Medizin, Mobilität und Logistik, Chemie und Bioökonomie, Ernährung und Landwirtschaft deutlich. Viele Unternehmen sind dabei mittelständisch geprägt oder gehören dem Handwerk an. Dennoch wird auch unsere heimische Wirtschaft in den kommenden Jahren von einem Strukturwandel in diversen Bereichen betroffen sein. Allein die Entwicklungen in der Automobilindustrie oder die Umstellung der Energiewirtschaft samt Ausstieg aus der Braunkohleverstromung erfordern neue Schwerpunktsetzungen in der Ansiedlungsstrategie. Wir wollen den betroffenen Branchen helfen, diesen Strukturwandel zu meistern, gleichzeitig werden wir versuchen, neue und zukunftsfähige Unternehmen anzuwerben. Im Rahmen der Schwerpunktsetzungen und der Förderpolitik werden wir dafür sorgen, neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze nach Sachsen-Anhalt zu holen. Dafür wollen wir Forschung und Entwicklung fördern, neue Technologien etablieren und Cluster schaffen.

Selbstständigkeit und Unternehmertum stärken

Selbstständige, Freie Berufe, Handwerk und Mittelstand sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und stehen weltweit für hohe Qualitätsstandards. Sie schaffen mit Abstand die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze und leisten damit einen wichtigen Beitrag zum Allgemeinwohl. Wir wollen ihre Leistung künftig noch stärker öffentlich anerkennen und fördern. Mehr junge Menschen als bisher sollen den Schritt in die Selbstständigkeit wagen. Starke Gründer stehen für neue Dynamik. Sie zeigen unternehmerischen Mut. Wir wollen ein Klima der Gründerfreundlichkeit schaffen und den Gründergeist fördern. Dazu brauchen wir eine neue Gründerkultur, in der Erfolg anerkannt und Scheitern nicht diffamiert wird. Wer sich selbstständig macht, geht oft große Risiken ein und arbeitet sehr hart für den Erfolg. Hindernisse auf dem Weg zur Selbstständigkeit müssen beseitigt, umfassende Beratung und Förderung garantiert und unnötige Bürokratie vermieden werden. Wir werden die Bedingungen für Wagniskapital weiter verbessern. Den Zugang für Start-ups zu Wagniskapital wollen wir auch über steuerliche Förderung erleichtern: Wer sich an Startups beteiligt, soll das bei der Steuer berücksichtigen können. Wir bekennen uns zur dualen Ausbildung in Betrieb und Schule und wollen sie stärken. Zudem werden wir den Meisterbrief erhalten und prüfen, wie wir ihn für weitere Berufsbilder EU-konform einführen bzw. wieder einführen können.

Tourismus

Der Tourismus gehört in Deutschland zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen und Jobmotoren – so auch bei uns in Sachsen-Anhalt, das als Bundesland seine Gäste im Herzen Deutschlands mit einzigartigen Naturerlebnissen, einem reichen kulturellen Erbe, hoher Servicequalität und innovativen

Produkten willkommen heißt. Neben den direkten Ausgaben, die Gäste für ihren Aufenthalt vor Ort tätigen, leistet der Tourismus durch Investitionen in Infrastruktur, Service- und Handwerksleistungen einen wichtigen Beitrag zur Wertschöpfung in der Region und führt zu steuerlichen Einnahmen in den Kommunen.

Nach der schweren Zeit der Corona-Pandemie wuchs in der Folge die Zuversicht, mit dem anhaltenden Trend zum Inlandstourismus wieder mehr Gästezahlen verbuchen zu können. Dennoch sehen sich die Akteure im Tourismus mit großen Herausforderungen konfrontiert. Der Fachkräftemangel spitzt sich weiter zu und globale Krisen, Inflation und steigende Kosten erschweren Planbarkeit und Zukunftssicherheit in der überwiegend klein- und mittelständisch geprägten Branche. Umso wichtiger ist es für uns als Sachsen-Anhalt-Partei, dem Tourismus die nötige Wertschätzung und Unterstützung entgegenzubringen, die er braucht.

Wir stehen dafür ein, die Bekanntheit und das Image Sachsens-Anhalts durch gezieltes Marketing weiter zu fördern und Investitionen in touristische Sehenswürdigkeiten zu stärken. Darüber hinaus wollen wir uns dafür einsetzen, bestehende Förderungen wie z.B. für die UNESCO-Welterbestätten zu verstetigen. Wir unterstützen Kinder- und Jugendreisen, um auch in dieser Zielgruppe Reisen zu ermöglichen und Angebote zu schaffen, die helfen, die Historie unseres geschichtsträchtigen Bundeslandes besser kennenzulernen. Um allen Reiseteilnehmern eine selbstbestimmte und umfassende Teilhabe zu ermöglichen, stehen wir dafür ein, Menschen mit Behinderungen und Mobilitätseinschränkungen ein barrierefreies Reisen zu ermöglichen. Das schließt einen modernen touristischen Fernverkehr mit ein

Entschieden wollen wir dem Fachkräftemangel entgegenzutreten und dazu beitragen, die Tourismusregionen Sachsens-Anhalts und ihre Unternehmen als attraktive Arbeitgeber für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem In- und Ausland zu präsentieren. Die Chancen des nachhaltigen Tourismus wollen wir nutzen, um Gästen und Einheimischen attraktive Angebote in einer intakten Natur und Landschaft zu bieten und unser touristisches, natürliches und kulturelles Erbe für kommende Generationen zu bewahren.

Ideologiefreie und technologieoffene Energieerzeugung für eine klimaneutrale Gesellschaft

Der Klimawandel erfordert weltweite, intensive Anstrengungen, um dessen Folgen für Mensch und Umwelt zu verringern. Es muss gelingen, Umwelt- und Effizienztechnologien der Zukunft zu entwickeln und die Chancen der Digitalisierung dabei zu nutzen. Unsere Bürgerinnen und Bürger leisten einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der europäischen und internationalen Klimaschutzziele. Die Bürgerinnen und Bürger sowie die Industrie dürfen dabei aber nicht überfordert werden. Ideologisch vorgegebene, unrealistische Ziele und künstliche Verknappungen sowie eine Energiepolitik, die die naturwissenschaftlichen Grundlagen ignoriert, gefährdet unseren Industriestandort und damit unseren Wohlstand.

Energie ist das Lebenselixier einer jeden Volkswirtschaft. Im Ansiedlungswettbewerb wird deutlich, dass Unternehmen dahin gehen, wo sie eine sichere und bezahlbare – mittlerweile immer häufiger erneuerbare – Energieversorgung haben. Umso wichtiger ist es, unsere Abhängigkeit in Energiefragen zu verringern.

Der eingeleitete Umbau des Energiesystems in Deutschland ist ein Generationenprojekt. Seine Umsetzung birgt große wirtschaftliche Chancen und Herausforderungen. Das Zieldreieck Umweltverträglichkeit-Wirtschaftlichkeit-Sicherheit in der Energieversorgung muss um die gesellschaftliche Akzeptanz erweitert werden. Dies setzt voraus, dass alle Möglichkeiten der Energieerzeugung technologieoffen und ideologiefrei genutzt werden. Da Wind- und Sonnenenergie wegen ihres diskontinuierlichen Anfalls weder grundlast-fähig noch regelbar sind, müssen die „Erneuerbaren“ vorerst durch alle Möglichkeiten CO₂ - emissionsarmer Energiegewinnung unter Einbeziehung einheimischer Quellen ergänzt werden, um unabhängiger von Witterungsbedingungen bzw. Importen zu werden.

Deutschland darf nicht dauerhaft die Option der Energiegewinnung aus Kernkraft verspielen. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, insbesondere die Forschungen auf den Gebieten der Kernspaltung, Kernfusion und Entsorgung nicht aufzugeben, eine Neubewertung der Kernenergie vorzunehmen und an der internationalen Entwicklung der Kernkraftwerke der sog. 4. Generation mitzuarbeiten, die den „Atommüll“ aus Zwischenlagern als Brennstoff über unser Jahrhundert hinaus verwerten und Endlager weitgehend entlasten könnten.

Einen vorzeitigen Kohleausstieg lehnen wir ab. Solange die Energiekrise nicht überwunden ist und keine großtechnischen Energiespeichermöglichkeiten verfügbar sind, sollte die Gewinnung CO₂ – freien („grünen“) Stroms aus unserer preiswerten Braunkohle in Verbindung mit der CO₂ – Abscheidung und –Verklappung erfolgen. Wir setzen uns daher auf Bundesebene dafür ein, dass das

Verbot der CO₂ – Abscheidungs- und Speichertechnologien (CCS, CCUS) aufgehoben und entsprechende Forschungen weitergeführt werden, um eine glaubwürdige Energiepolitik zu realisieren und eine Deindustrialisierung zu vermeiden. Gleichzeitig ist der technologieoffenen Entwicklung großtechnischer und rentabler Stromlangzeitspeicher, die den diskontinuierlichen Anfall von Wind – und Solarenergie zuverlässig ausgleichen können, Priorität einzuräumen.

Unser Land verfügt über ein großes Potenzial an erneuerbaren und fossilen Energiequellen sowie an entsprechenden Forschungseinrichtungen und produzierenden Unternehmen. Der Ausstieg aus der energetischen Nutzung der Kohle erfordert einen nachhaltigen Umbau des deutschen Energiesystems. Die stoffliche Nutzung der Braunkohle wird von uns weiterhin gefördert.

Energie muss für alle Abnehmer sicher, bezahlbar und frei verfügbar sein. Die regionalen Akteure vor Ort müssen dabei unterstützt werden, regionale Energieversorgungskonzepte zu erstellen. Wir setzen uns für den Erhalt der kommunalen Strukturen der Stadtwerke als regionale Anbieter ein. Der Umbau der Energieversorgung auf erneuerbare Energien ist erheblich vorangekommen. Wir haben einen verbindlichen Ausbaupfad geschaffen, der allen Beteiligten Planungssicherheit gibt. Dabei setzen wir die marktwirtschaftliche Heranführung und Systemintegration der erneuerbaren Strom- und Wärmeerzeugung konsequent fort.

Die Schaffung der notwendigen Infrastruktur wie zum Beispiel den Netz- und Speicherausbau wollen wir im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern unterstützen. Der beschleunigte Netzausbau und die Beseitigung von Engpässen haben für uns oberste Priorität. Dadurch reduzieren wir in erheblichem Umfang Kosten. Nachteile für Grundstückseigentümer, Investitionen und Arbeitsplätze sind auf ein notwendiges Maß zu reduzieren. Moderne Stromspeichertechnologien sind für den Erfolg der Energiewende von großer Bedeutung.

Die erneuerbaren und fossilen Energiequellen sollen, unter Berücksichtigung von Flächenkonkurrenz sowie des Natur- und Landschaftsschutzes, nachhaltig genutzt werden. Für kleine Photovoltaikanlagen, insbesondere für den weitgehenden Eigenverbrauch, streben wir deutliche Vereinfachungen in der Genehmigung und Energieeinspeisung an. Die Nutzung von Dach- und Konversionsflächen für Photovoltaikanlagen hat absoluten Vorrang. Hierzu gehört auch die Überprüfung der denkmalschutzrechtlichen Regelungen. Darüber hinaus darf die Nutzung von Photovoltaik nur auf unterdurchschnittlich ertragsfähigen Ackerflächen sowie auf Dauergrünland erfolgen. Wertvolle Ackerflächen müssen vorrangig für die Ernährungssicherung erhalten bleiben. Bei der Verwendung erzeugter Ackerfrüchte hat die Ernährung von Mensch und Tier Vorrang vor einer energetischen Nutzung.

Unsere Anstrengungen bei der Forschung und bei der Förderung setzen wir fort. Der Energieforschung, insbesondere der Entwicklung leistungsfähiger Stromzwischenpeicher muss eine größere Bedeutung eingeräumt werden. Weiterhin sollte die stoffliche Nutzung der nachwachsenden Rohstoffe auch in Betracht gezogen werden. Neben dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien wollen wir die Sektorenkopplung weiterentwickeln. Die Steuerung von Produktion und Nachfrage sowie die Verknüpfung der Stromerzeugung mit Bereichen wie Verkehr, Gebäude und Wärme gewinnen zunehmend an Bedeutung. Dadurch lassen sich Kosten wirksam begrenzen und die Versorgungssicherheit weiter erhöhen.

Die weltweit steigende Nachfrage nach Energie und natürlichen Ressourcen hat weitreichende Konsequenzen für Mensch und Natur. Diesen Herausforderungen stellen wir uns im Interesse einer nachhaltigen, ressourcenschonenden Energiewirtschaft. Neue und intelligente Lösungen sind auf allen Handlungsfeldern zu entwickeln. Bei einer guten Energieinfrastruktur setzen wir auf Technologieoffenheit. Dabei konzentrieren wir uns neben dem weiteren Ausbau von Windkraft und Photovoltaik auf energetische Biomasseverwertung, Wasserstoff als sekundärem Energieträger, Brennzellentechnologie und die Entwicklung großtechnischer, rentabler Stromspeicherungsverfahren. Solange diese nicht zur Verfügung stehen, müssen die sporadischen täglichen und saisonalen Versorgungslücken von Windkraft und Photovoltaik durch konventionelle Kraftwerke geschlossen werden. Ein kompletter Umstieg auf erneuerbare Energien kann erst dann erfolgen, wenn die Versorgungssicherheit in allen Landesteilen gewährleistet ist. Regionale Wertschöpfung und digitale Vernetzung sind wichtige Faktoren, um Prozesse intelligent zu steuern, Synergien zu heben und Innovationen zu fördern.

Nachhaltiges Wirtschaften – ressourcenschonende Stoffkreisläufe

Wir wollen die Wegwerfmentalität beenden. Ressourcenschonende Produktionsprozesse und die Wiederverwertung wertvoller Rohstoffe sparen Energie und sichern heimische Arbeitsplätze. Sachsen-Anhalt verfügt über modernste Entsorgungs- und Recyclingsysteme und über Rohstoffressourcen, deren effiziente Nutzung im globalen Wettbewerb einen wichtigen Standortvorteil darstellt. Wir wollen für das Leitbild der geschlossenen Stoffkreisläufe einen großen Teil der Rohstoffe für unsere Wirtschaft möglichst im eigenen Land zurückgewinnen. Das hilft dem Klimaschutz und macht uns unabhängiger von ausländischen Importen. Dazu setzen wir Anreize für weniger Abfall, Rohstoffsparende Prozesse und die Wiederverwertung von Recyclingprodukten. Wir wollen Innovationen fördern und setzen uns für Verwendung nachhaltiger Rohstoffe ein. Rohstoffknappheit ist ein Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung. Deswegen arbeiten wir an einer Rohstoffsicherungsstrategie für Sachsen-Anhalt. Nachhaltigkeit ist gleichzeitig eine Notwendigkeit und

Chance für die Wirtschaft und Umwelt. Wir setzen auf Umweltinnovationen. Wir wollen das Wirtschaftswachstum durch intelligenten Fortschritt vom Ressourceneinsatz entkoppeln. Die Steigerung der Ökoeffizienz und das Schließen von Wirtschaftskreisläufen verbindet quantitatives und qualitatives Wachstum. So bringen wir Ökonomie und Ökologie zusammen.

Bildung - Chancen und Perspektiven

Bildung prägt das Dasein eines Jeden, so wie sie Fortschritt und Wohlstand einer ganzen Gesellschaft bestimmt. Sie ist Grundlage für die freie Entfaltung des Menschen und elementarer Bestandteil des Aufstiegsversprechens. Fördern und Fordern muss für alle Lernenden gelten. Für uns steht der einzelne, Mensch mit seinen gottgegebenen Talenten im Mittelpunkt des Handelns. Genauso wenig wie Bildung mit der klassischen Schule beginnt, hört sie damit auf. Wir wollen lebenslanges Lernen ermöglichen und fördern und damit Leistung und Anstrengung eines Jeden belohnen.

Wir stehen für ein leistungsorientiertes, sozial ausgewogenes und differenziertes Bildungssystem, das den Menschen Teilhabe und gesellschaftlichen Aufstieg ermöglicht, kulturelle Identität stiftet und ein tolerantes Miteinander in Vielfalt schafft. Wir wollen Chancengerechtigkeit, keine Ergebnisgleichheit. Die Einheitsschule lehnen wir grundsätzlich ab. Die CDU-Sachsen-Anhalt bekennt sich zum gegliederten Schulsystem und zur Sicherung bestandsfähiger Schulstandorte. Förder- und Sonderschulen sind trotz des Inklusionsgedankens nicht verzichtbar.

Dafür müssen sich alle Bildungseinrichtungen an den Maßstäben bester Qualität messen lassen. Unsere Einrichtungen von morgen müssen wir auf teilweise noch gar nicht konkret greifbare Herausforderungen von übermorgen vorbereiten. Dafür braucht es, neben Flexibilität und bester Ausstattung, gut ausgebildete und motivierte Erzieherinnen und Erzieher, Lehrkräfte und Schulleitungen. Insbesondere Seiteneinsteigern werden wir flexible Angebote zur Weiterbildung geben und sie vor allem am Anfang fachlich intensiv begleiten. Unsere grundlegende Aufgabe ist eine volle Unterrichtsversorgung. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land die Kommunen bei der ständigen Modernisierung und Instandhaltung der Schulgebäude sowie der Beschaffung zeitgemäßer Lehr- und Lernmaterialien unterstützt.

Ergänzend sind Schulen in freier Trägerschaft ein wichtiger Teil unserer Schullandschaft. Wir als CDU wissen um deren Notwendigkeit und stehen zu diesen Einrichtungen sowohl in der Kinder- und Jugendbildung als auch in der Erwachsenenbildung.

Frühkindliche Bildung – Von Anfang an Chancen ermöglichen

Der Grundstein für einen erfolgreichen Bildungsweg wird bereits im Kleinkindalter gelegt. Wir wollen, dass jeder die Chance zum Aufstieg hat. Sprache ist der Schlüssel zur Welt und einer der ersten Wege, sich mitzuteilen und Wissen zu sammeln.

Es ist beunruhigend, dass zu viele Kinder einen Sprachförderbedarf aufweisen. Dem werden wir auf verschiedenen Ebenen entschieden begegnen. Es muss eine verbindliche Strategie auf Bundesebene geben, die Qualitätsstandards zur Sprachförderung für alle Kinder festlegt. Auf Landesebene soll diese Umsetzung durch diagnosegeleitete Sprachförderung sichergestellt werden.

Vielen Kindern müssen zudem grundlegende Kenntnisse und Fähigkeiten wieder stärker vermittelt werden. Basis dafür ist eine stärkere Frühförderung auch im mathematischen und naturwissenschaftlichen Bereich.

Allen Kindern werden Grundregeln, Werte und Normen des Zusammenlebens vermittelt. Wir wollen, dass jedes Kind die gleiche Chance auf Bildung in der Kita besitzt, unabhängig vom sozialen Nahraum, in dem die Kita liegt. Dabei wollen wir, dass Eltern ihren Erziehungsauftrag wahrnehmen und dass nicht alles den Kitas und Schulen überlassen wird.

Digitale Kompetenz wird immer wichtiger. Gleichzeitig sehen wir den Bedarf einer umfassenden Medienkompetenz. Beides sollte bereits im Kindesalter gefördert werden. Vorlesezeiten, die Arbeit mit digitalen Inhalten sowie der Besuch kultureller Einrichtungen sind dafür essenziell.

Frühkindliche Bildung in der Kindertagesstätte erfordert, dass Erzieher auch in Zukunft die bestmögliche Ausbildung erfahren und Fortbildungsmöglichkeiten angeboten bekommen.

Schulische Bildung – Mit Leistungsorientierung persönliche Erfolge ermöglichen

Wir sehen die Vielfalt unseres Bildungssystems als seine Bereicherung und Stärke. Dieses ermöglicht, in einer pluralen Gesellschaft mit individuellen Bildungsangeboten auf die Menschen einzugehen. In unseren Schulen muss sichergestellt werden, dass alle Schülerinnen und Schüler gleichermaßen die beste, ihren individuellen Potentialen entsprechende Förderung erhalten. Schule soll dabei den elterlichen Auftrag von Bildung und Erziehung im Sinne unserer Verfassung institutionell ergänzen.

Wir wollen eine Stärkung des differenzierten und leistungsorientierten Schulsystems sowohl durch eine durchlässige Mehrgliedrigkeit als auch durch fachspezifische Schwerpunkte, etwa im humanistischen, technisch-naturwissenschaftlichen, musisch-kulturellen, sportlichen oder linguistischen Bereich. Gerade in einem sozial und kulturell herausfordernden Umfeld wollen wir zudem eine gezieltere Förderung, indem Schulen dort finanziell und personell mehr Gestaltungsmöglichkeiten erhalten. Schulsozialarbeit spielt dabei ebenso eine wichtige Rolle und soll weiterhin gefördert werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Schulen vermehrt eigene Kompetenzen wahrnehmen, hierzu gehört auch, dass sie verlässlich mit flexiblen Schulbudgets ausgestattet werden.

In der Grundschule müssen, neben den Kernfächern Deutsch und Mathematik, auch Fächer angeboten werden, die die Kinder für die Zukunft vorbereiten. Dazu gehören u.a. im Digitalisierungszeitalter das Fach Informatik, aber auch für die körperliche Gesundheit das Fach Sport. Für die zu vermittelnden Rechtschreibkenntnisse sind die Maßgaben des Rates für deutsche Rechtschreibung verbindlich, Experimenten mit unserer Muttersprache erteilen wir eine klare Absage. Die Handschrift ist und bleibt ein wesentlicher Bestandteil der schulischen Wissensvermittlung.

Wir vertrauen auf die Expertise unserer Lehrkräfte. Sie erarbeiten, unter Mitwirkung der Eltern, eine Schullaufbahnpflicht am Ende der Grundschule, die auf das jeweilige Kind zugeschnitten ist.

Dabei ist uns wichtig, dass ein Wechsel zwischen den Schulformen für die Kinder einfach ist.

In den Sekundarstufen bekennen wir uns dabei zu den Schulformen mit den Bildungsgängen Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Für eine Aufwertung der Haupt- und Realschule setzen wir uns ein. Der Erhalt individueller Unterstützung in Förderschulen ist für uns neben dem gemeinsamen Unterricht bedeutsam. Vor der Entscheidung über den Förderort soll eine ausgewogene, am Förderbedarf der Schüler orientierte Erörterung mit den Eltern erfolgen. Dabei ist der Elternwille zu berücksichtigen.

Unterrichtsmodelle mit praktischen und digitalen Bezügen werden in allen Schulformen der Sekundarstufe I erprobt. Um Naturwissenschaft ganzheitlich darzustellen und praxisbezogen zu gewährleisten, setzen wir uns für eine sinnhafte inhaltliche Verknüpfung der naturwissenschaftlichen Fächer ein. Insbesondere im technischen Bereich können auch Fachkräfte als externe Bildungspartner den Praxisbezug des Unterrichts gewährleisten. In den weiterführenden Schulen sollen außerschulische Projekte der MINT-Fächer ermöglicht werden.

An Haupt- und Realschule wollen wir im Rahmen des Praxislernens, abseits der Berufsorientierung, Unternehmen mit Schülerinnen und Schülern bereits frühzeitig zueinander führen.

Die Vermittlung der Grundlagen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung hat für uns einen herausgehobenen Stellenwert. Gleiches gilt für eine aus der Auseinandersetzung mit der jüngeren deutschen Geschichte wachsende wachsame Erinnerungs- und Verantwortungskultur. Erinnerungskultur, wie sie die CDU Sachsen-Anhalt versteht, beginnt in Familie und Freundeskreis und hat darüber hinaus auch in Institutionen und Gesellschaft ihren Platz. Gemeinsame deutsch-deutsche Erinnerungskultur und -arbeit ist nötiger denn je. Erinnerungskultur will aufklärend wirken, Erinnerungsgräben überbrücken, ohne Narben zu verdecken. Politische Bildung soll mehr Menschen als bisher erreichen und informieren. Hierfür sind neue Formate zu entwickeln.

Wir bekennen uns zur Wichtigkeit der außerschulischen politischen Jugendbildung, welche die Regeln unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung vermittelt.

Wir stehen zur schulischen Wertevermittlung aus unserer christlichen Tradition heraus und unterstützen den konfessionellen Religionsunterricht, ebenso wie kirchliche Bestrebungen hin zu einem konfessionell-kooperativen Religionsunterricht.

Dem akuten Lehrermangel muss offensiv und kreativ entgegengewirkt werden. Bei der Lehramtsaus- und -weiterbildung setzen wir auf innovative Modelle, die einen frühzeitigen Praxisbezug gewährleisten sowie eine Studienordnung, die sich an den Lehrplaninhalten orientiert.

Berufliche Bildung – Chancen für eine gesicherte Zukunft eröffnen

Gut ausgebildete Fachkräfte sind eine Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung. Mit Blick auf die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Sachsen-Anhalt und die damit verbundene Erweiterung bestehender und die Ansiedlung neuer Unternehmen lenken wir den Fokus insbesondere auf die Sicherung des damit im Zusammenhang stehenden Bedarfs qualifizierter Fachkräfte.

Wir stehen dafür, dass die berufliche Bildung als gleichberechtigter Bildungsweg zur akademischen Bildung auch in Zukunft Anerkennung findet. Gleichzeitig muss die Qualität der Ausbildung verbessert werden. Die CDU unterstützt die Bildung von Jugend- und Ausbildungsververtretungen (JAV). Für eine gezielte Berufsorientierung auf handwerkliche Ausbildungen, wollen wir alle Potentiale unseres gegliederten Schulsystems ausschöpfen. Auch Jugendliche ohne Schulabschluss müssen berufliche Chancen bekommen.

Die Ausbildung im dualen System ist wichtig für die Fachkräftesicherung und -gewinnung. Deshalb wollen wir die Eigenverantwortung dieser Schulen stärken und erweitern. Wir unterstützen daher eine weitere Übertragung von Kompetenzen auf diese Schulen.

Sie sind zudem zu stärken, indem möglichst wohnortnah in unserem Land die Beschulung erfolgt.

Zur Unterstützung dieses weltweit bewährten Systems der beruflichen Ausbildung setzen wir auf den Ausbau digitaler und projektorientierter Formate.

Neben der konzentrierten Ausrichtung der berufsbildenden Schulen auf die duale Berufsausbildung als Erstausbildung, ist für uns vor allem mit Blick auf Demografie, Strukturwandel und fortschreitender

Digitalisierung der Arbeitswelt die Fort- und Weiterbildung von qualifiziertem Berufsnachwuchs zu stärken und auszubauen.

Im Rahmen der beruflichen Weiterbildung setzen wir dabei auf das bestehende und bewährte Fachschulsystem. Es ist mit der akademischen Ausbildung zu verzahnen, um flexibel Übergänge von der beruflichen in die akademische Bildung und umgekehrt zu ermöglichen.

Wissenschaft - International und regional ausrichten

Die Hochschulen bieten den Raum, Wissen und Erkenntnisse der jungen Generation zu vermitteln, systematisch neues Wissen zu gewinnen und kritisch zu reflektieren. Dies erstreckt sich nicht nur auf das jeweilige Fachgebiet, sondern auch auf ethisch und gesellschaftlich bedeutsame Folgen sowie alle Chancen und Risiken der Anwendung gewonnenen Wissens. Gute Hochschulbildung ist immer auch wertorientiert und zielt auf die Bildung der Person und ihrer Verantwortung. Unsere Hochschulen sind Anziehungspunkte vieler junger Menschen von außerhalb Sachsen-Anhalts, sei es dauerhaft oder vorübergehend für einen wichtigen, lebenslang nachwirkenden Abschnitt ihres Werdegangs. Stets sind sie für unser Land ein Gewinn.

Um die gute wirtschaftliche Zukunft unseres Landes zu ermöglichen, braucht es hervorragende Angebote akademischer und beruflicher Bildung. Deshalb wollen wir die Hochschulen weiter als Orte hervorragender Ausbildung, Forschung und Nachwuchsförderung sowie die Weiterentwicklung der Hochschulstruktur entlang der gesamten Innovationskette von der Grundlagenforschung über die angewandte Wissenschaft bis hin zur Überführung in die Praxis/Wirtschaft unter Vernetzung mit außeruniversitären Einrichtungen und Unternehmen (Clusterbildung) fördern. Dies erfordert auch international belastbare Leistungskriterien, die bei den angewandten Wissenschaften, neben der Zitierhäufigkeit, auch deren Beitrag für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung berücksichtigen. Dabei sind diejenigen Felder, in denen internationale Spitzenleistungen zu erwarten oder die für das Land wichtig sind, besonders zu fördern. Darüber hinaus müssen auch vorübergehend wenig nachgefragte, aber gesellschaftlich wichtige Studienangebote weiterhin erhalten bleiben.

Den Hochschulen ist durch geeignete Mechanismen Planungs- und Finanzierungssicherheit zu geben, die ihre Perspektiven garantieren und der Entwicklung an außeruniversitären Einrichtungen nicht nachstehen. Dabei kommt der Innovation bei gewissenhafter und transparenter Chancen- und Risikoabschätzung neuer technischer Entwicklungen ein besonderer Stellenwert zu.

Unser Kulturland Sachsen-Anhalt

Unsere Heimat Sachsen-Anhalt ist ein einzigartiges, vielfältiges Kulturland ersten Ranges. Es bietet kulturelle Höhepunkte in vielen Orten unseres Landes. Dome, Kirchen und Klöster prägen es ebenso wie Burgen, Schlösser und Gärten. In Deutschland gibt es sonst kaum eine ähnlich reiche kulturelle Landschaft wie in Sachsen-Anhalt. Mit gleich fünf Weltkulturerbestätten und der Himmelscheibe von Nebra zählt unser Bundesland deutschlandweit zu den Spitzenreitern. Das Netzwerk archäologischer Fundorte von hervorgehobener kulturhistorischer Bedeutung und musealer Stätten laden in Sachsen-Anhalt zu einer einzigartigen Reise in die Vergangenheit ein. Sie zu fördern, darauf liegt unser Augenmerk. Darüber hinaus verfügen wir über eine lebendige Theater- und Orchesterlandschaft, die auch im ländlichen Raum fest verankert ist. Wir wollen die bestehende Musik- und Theaterlandschaft weiterhin erhalten und fördern. Eine Vielzahl von Museen, Bibliotheken, Gedenkstätten und Stiftungen sorgt für kulturelle Vielfalt. Dieses einzigartige kulturelle Erbe wollen wir erhalten und weiter ausbauen. All diese kulturellen Ankerpunkte prägen das Selbstwertgefühl der Menschen in Sachsen-Anhalt und verbinden sie mit Herkunft und Tradition. Nicht zuletzt tragen sie ganz wesentlich den Tourismus als wichtigen Wirtschaftsfaktor in unserem Land.

Wir stehen dafür ein, dass der kulturelle Reichtum unseres Landes gewahrt und zeitgemäß weiterentwickelt wird. Nur wer stolz und selbstbewusst in seiner Heimat verankert ist, kann andere Menschen für unser Bundesland begeistern. Kultur und das Bewusstsein für unsere reiche Landesgeschichte sind für uns wichtige Orientierung im Alltag und ein Schlüssel zum Erfolg. Voraussetzung für eine erfolgreiche Kulturpolitik ist, dass Menschen, die für kulturelle Angebote arbeiten, Anerkennung erfahren und fair bezahlt werden.

Nicht nur das materielle, auch das immaterielle Kulturerbe spiegelt die facettenreiche Kulturlandschaft unseres Bundeslandes wider. Beides wollen wir fördern.

Dabei gehen wir von einem weit gefassten Kulturbegriff aus. Die Möglichkeit, Kultur in ihren unterschiedlichen Ausprägungen zu erleben und zu genießen, ist für uns ein integraler Bestandteil unseres Gemeinwesens. Wir wollen, dass Kultur für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich ist und bleibt. Kultur gehört für uns zur Daseinsvorsorge. Sie genießt zu Recht Verfassungsrang. Nach unserem Verständnis trägt Kultur sowohl zur Identität jedes Einzelnen als auch zur Sinnstiftung und Orientierung aller bei. Kultur ist sichtbarster Ausdruck menschlicher Zivilisation. Wir verurteilen jeden Angriff auf unsere Kultur und die damit verbundenen Werte.

Sachsen-Anhalt verfügt zudem in den Bereichen der bildenden und angewandten Kunst über eine große Tradition und eine lebendige Gegenwart. Das traditionsreiche Bauhaus in Dessau verkörpert wie keine zweite Einrichtung den Anspruch Sachsens-Anhalts, auch auf den Gebieten von Architektur, Kunst und Design weltweite Maßstäbe zu setzen. Mit der Kunsthochschule Burg Giebichenstein sowie zwei Fachhochschulen verfügt unser Bundesland im Bereich von Kunst und Design über hervorragende Ausbildungsstandorte. Daran wollen wir anknüpfen und darauf wollen wir weiter aufbauen. Wir setzen uns deshalb konsequent für die Förderung der bildenden und angewandten Kunst ein und unterstützen die Künstlerinnen und Künstler in ihrem Schaffen. Um ihnen eine weitere Möglichkeit zur Präsentation ihrer Gegenwartskunst zu geben, wollen wir perspektivisch eine staatliche Landeskunsthalle errichten.

Sachsen-Anhalt verfügt über eine große Fülle hochrangiger Kultur- und Baudenkmäler. Diese wollen wir erhalten und besser miteinander verknüpfen, um die touristischen Potenziale auszuschöpfen.

Antragsteller: Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung

Erinnerungskultur, die in die Zukunft wirkt

Das Verständnis unserer Geschichte und eine wache Erinnerungskultur begründen unsere Werte und politischen Ziele in besonderer Weise. Unser Land verfügt über zahlreiche Gedenkstätten, die an die deutsche Teilung, das Unrechtsregime der DDR, an den Terror sowie Völkermord des Nationalsozialismus und die Schrecken des 2. Weltkrieges erinnern. Dies sollen weiterhin Orte würdigen Gedenkens und authentischer Dokumentation bleiben. Wir wollen eine Form des Erinnerns pflegen, die in die Zukunft wirkt.

Das Gedenken an Flucht und Vertreibung von Millionen Deutschen am Ende des 2. Weltkrieges bleibt ein wichtiger Teil dieser Erinnerungskultur. Die Auseinandersetzung mit den totalitären Systemen des 20. Jahrhunderts und die Fragen der Kriegsfolgenbewältigung benötigen weiterhin Aufmerksamkeit in unserer schulischen und allgemeinen politischen Bildung. Mit unserem Gedenken an die Opfer von Flucht und Vertreibung wollen Zeichen für die europäische Verständigung setzen. Wir suchen gesellschaftliche und kulturelle Kontakte und Verbindungen in die Herkunftsgebiete der Vertriebenen und Aussiedler und zu den dort lebenden deutschen Minderheiten, die wir im Sinne europäischer Gemeinsamkeit wahrnehmen wollen. In diesem Sinne pflegen wir auch zukünftig das Kulturgut und kulturelle Erbe unserer Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler im Rahmen des Bundesvertriebenengesetzes.

Kirchen und Religionsgemeinschaften – Freiheit und Verantwortung

Grundlage unseres Verhältnisses zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften ist die durch Grundgesetz und Landesverfassung garantierte Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Damit einher geht der ebenso verfassungsrechtliche Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat. Wir achten die geistige, geschichtliche und gegenwärtige Prägung unseres Landes auch durch die Kirchen und Religionsgemeinschaften ebenso wie seine umfassende kulturelle Verankerung im Judentum wie im Christentum, gerade auch in der Sonn- und Feiertagsgestaltung. Wir bekennen uns zur Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften, deren Freiheit, auch öffentlich und sichtbar in die Gesellschaft hineinzuwirken, gewährleistet bleiben muss und arbeiten partnerschaftlich mit diesen zusammen. Dieses gilt auch bei einer zunehmenden Vielfalt des religiösen Lebens in unserm Land. Der Umgang der Menschen mit und ohne religiöses Bekenntnis muss stets friedlich und von umfassender gegenseitiger Achtung und Dialogbereitschaft geprägt sein. Intoleranz werden wir entschieden bekämpfen.

Wir stehen zu den umfassend vertraglich geregelten Beziehungen zu den Kirchen und zur Jüdischen Gemeinschaft sowie zu ihrer Fort- und Weiterentwicklung. Für das Leben und Fortentwicklung der Jüdischen Gemeinschaft im Land tragen wir eine besondere Verantwortung.

Medien

Die CDU Sachsen-Anhalt steht zu einem bürgernahen dualen Rundfunksystem in Deutschland. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten haben den Auftrag zur Gewährleistung der Grundversorgung. Allen Versuchen zur Ausweitung des Auftrages treten wir konsequent entgegen. Die Finanzierung muss immer dem Auftrag folgen – unter Berücksichtigung wirtschaftlichen und sparsamen Wirtschaftens in den Anstalten, um die Beitragszahler nicht zu überfordern. Wir setzen uns dafür ein, dass kleine und mittlere Unternehmen dabei nicht überproportional herangezogen werden.

Die Medienanstalt Sachsen-Anhalt ist für uns ein Instrument der Aufsicht über die privaten Rundfunkanbieter und eine aktive Einrichtung zur Förderung von privaten Angeboten sowie der Medienkompetenz. Wir setzen uns dafür ein, dass ihre Arbeit auch in Zukunft im Wesentlichen aus dem Rundfunkbeitrag finanziert wird.

Der Film ist ein wichtiges Kultur- und Wirtschaftsgut. Die Filmförderung muss dem Filmstandort Sachsen-Anhalt dienen und hiesigen Produzenten und anderen Filmschaffenden gute Arbeits- und

Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Wir wollen, dass wir als Filmstandort noch attraktiver für Neuansiedlungen aus der Film- und Fernsehbranche werden.

Zur Vielfalt der Medien, die mit ihren Nachrichten und Kommentaren zur Bildung der öffentlichen Meinung beitragen, gehören auch die Tages- und Wochenzeitungen. Ihren Fortbestand wollen wir auch in Zeiten der Digitalisierung sichern helfen.

Heimatpflege und Umweltschutz mit einer modernen Land- und Forstwirtschaft

Das Prinzip „Nachhaltigkeit“ ist fester Bestandteil christdemokratischer Politik. Die nachfolgenden Generationen haben ein Recht auf wirtschaftliche Entwicklung, sozialen Wohlstand und eine lebenswerte, intakte Umwelt. Die größte Herausforderung hierbei ist die Bewältigung des Klimawandels vor dem Hintergrund einer wachsenden Weltbevölkerung. Deutschland muss eingebettet in der EU krisenfester werden und ideologiefrei und technologieoffen agieren. Dazu benötigen wir geschlossene Kreisläufe, Ressourcen schonende Produktion und ihre Verwertung über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg.

Nach unserem Verständnis widersprechen sich wirtschaftliche Entwicklung und Umweltschutz nicht. Besonders in einer Zeit, in der die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit unseres Planeten immer deutlicher werden, ist nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum nur unter Einbeziehung des Umweltschutzes möglich. Darüber hinaus ist ein effizienter und sparsamer Ressourceneinsatz auch zunehmend ein Kosten- und Standortvorteil. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine ökologische und soziale Marktwirtschaft ein, die mit verstärkter Forschung und Entwicklung, gezielten Anreizsystemen und Förderprogrammen sowie einem umweltorientierten ordnungspolitischen Rahmen die vorgegebenen Umweltziele verfolgt. Gemeinsam mit Bildungseinrichtungen, Kommune, Umwelt- und Naturschutzverbänden sowie land- und forstwirtschaftlichen Verbänden werden wir eine nachhaltige Entwicklung gestalten.

Der Erhalt der Umwelt bleibt ein Hauptanliegen christdemokratischer Politik. Zukunftsorientierter Umweltschutz schafft Chancen für neue Arbeitsplätze. Um eine verlässliche Weiterentwicklung zu sichern, werden wir die Forschung im Bereich der Umwelttechnologien nachhaltig fördern.

Unsere Lebensgrundlagen bewahren

Nachhaltigkeit setzt ein erhebliches Wissen und Bewusstsein des einzelnen Menschen über die Kausal- und Regelabläufe natürlicher Prozesse im natürlichen Umfeld und der Umwelt voraus. Allerdings sind wir uns angesichts des Energiemixes in Deutschland bewusst, welche Erwartungen an die Nutzung landwirtschaftlicher Rohstoffe gerichtet werden. Um die gesellschaftliche Akzeptanz zu sichern, die Biodiversität nicht zu gefährden und die Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln zu gewährleisten, setzen wir auf ganzheitliche Konzepte, die dem Primärziel unserer Agrarbetriebe nicht entgegenlaufen.

Umweltbewusstsein beginnt im Kopf und im Kindesalter. Daher müssen die wissenschaftlichen Grundlagen für das Verständnis für Umwelt durch Bildung und Erziehung gelegt werden. Wir sind gegen die Ideologisierung des Natur- und Umweltschutzes sowie eine überbordende Regelungswut. Es muss eine fortlaufende, aufeinander aufbauende Wissensvermittlung vom Vorschulalter bis zur Berufsausbildung geben. Auch beim lebenslangen Lernen soll die in besonderem Maße durch ehrenamtliches Engagement getragene Umweltbildung eine möglichst große Rolle spielen.

Die vielfältigen Natur- und Kulturlandschaften sind ein wertvoller Teil unserer Heimat. Die dort zu findende Artenvielfalt ist von unschätzbarem Wert und zu erhalten. Eine herausragende Bedeutung haben dabei die Schutzgebiete, National- und Naturparks sowie Biosphärenreservate. Die vorhandenen Mooregebiete bieten nicht nur vielen einheimischen Pflanzen und Tierarten Schutz, sie dienen auch als CO₂-Speicher. Zur Erreichung von Klimazielen sind Moore gemeinsam mit der Landwirtschaft zu schützen und zu renaturieren.

Bei den Schutzgebieten haben qualitative Weiterentwicklungen Vorrang vor quantitativer Ausdehnung. Damit allen der Wert solcher Flächen bewusst wird, müssen eine Nutzung und die Erfahrung von Natur soweit möglich sein, wie Schutzziele nicht beeinträchtigt werden. Natur muss erfahrbar bleiben.

Jagd- und Fischereiwirtschaft sind ursprüngliche Nutzungsformen und fest mit den Eigentumsrechten an Grund und Boden verbunden. Sie dienen über die Hege und Pflege auch dem Naturschutz. Durch ihre Arbeit für Biotopschutz und die Vernetzung von Lebensräumen investieren Jägerinnen und Jäger, Anglerinnen und Angler viel Zeit durch ihr ehrenamtliches Engagement. Invasive Arten wie Waschbär, Nutria, Nilgans und Marderhund gefährden zunehmend die biologische Vielfalt. Hier gilt es durch jagdliche und nicht-jagdliche Maßnahmen die Verluste zu mindern. Ebenso bedarf es eines differenzierten Umganges mit invasiven Pflanzen.

Ziel unserer Artenschutzpolitik ist es, Konflikte zu vermeiden und mehr Erfolge zu generieren. Zur Verbesserung des Artenschutzes wollen wir die Agrarumweltmaßnahmen artgerecht und zielgenau anpassen.

Angesichts des steigenden Wolfsbestandes und der sich damit verstärkenden Schäden, vorrangig für die tierhaltenden Betriebe, sowie des guten Erhaltungszustandes der Biberpopulation ist ein Management notwendig. Dies beinhaltet im Falle des Wolfes die Überprüfung des Schutzstatus, eine Festlegung des Erhaltungszustandes und die Hege der Bestände. Im Falle von Schäden sind Landwirte unbürokratisch und über kurze Entscheidungswege finanziell zu entschädigen.

Eine, wenn nicht die wichtigste, Ressource ist unser Wasser. Als eine natürliche Lebensgrundlage müssen wir sie mehr denn je schützen. Die Auswirkungen des Klimawandels sind immer deutlicher zu spüren. Sachsen-Anhalt trocknet in vielen Regionen aus. Es bedarf daher eines Paradigmenwechsels in der Wasserwirtschaft. Ein modernes Wassermanagement hin zum Wasserrückhalt in der Fläche muss aufgebaut werden. Die Nutzung und das Management der Ressource Wasser, deren Zu- und Abfluss sowie deren Neubildung als Grundwasser sind dazu stärker als bisher regional zu betrachten und zu optimieren. Für die Ernährungssicherstellung und als Reaktion auf den Klimawandel wollen wir ein umfassendes Wassermanagement entwickeln. Dieses soll sowohl die Abführung, z.B. bei Starkregenereignissen, als auch die Rückhaltung von Wasser ermöglichen. Dazu trägt nicht nur jeder Einzelne durch sparsames Verhalten bei – wir brauchen auch umfassende Konzepte für die Land- und Forstwirtschaft. Wir brauchen eine innovative Abwasseraufbereitung. Hierzu sollen Erkenntnisse der Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung verstärkt genutzt werden. Aufbereitetes Abwasser kann helfen, den Gebietswasserhaushalt zu stabilisieren. Forschung und Entwicklung sind an dieser Stelle zu unterstützen. Die Wasserqualität muss erhalten bleiben.

Angesichts der Erfahrungen mit Hochwasserereignissen in unserem Land, wollen wir den Schutz der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt weiter vorantreiben. Die Flächennutzungs- und Bebauungspläne der Kommunen müssen stärker als bisher den Schutz vor Hochwasserschäden berücksichtigen.

Die Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsflächen ist durch ein vorausschauendes, integriertes Flächenmanagement mit Flächenkreislauf, Ökokontoregelungen und Flächenrecycling zu steuern.

Eine nachhaltige Boden- und Flächenpolitik bedeutet, dass der Boden als wichtige Kulturbasis schonend und effizient genutzt werden muss. Insbesondere dem Verlust an land- und forstwirtschaftlicher Nutzfläche ist, angesichts einer zunehmenden Bedeutung nachwachsender Rohstoffe und der Bedeutung des Bodens, als Kohlenstoffspeicher zu begegnen. Im Rahmen der Ausgleichsmaßnahmen hat die Entsiegelung aus ökologischen Erwägungen eine höhere Relevanz als Versiegelung. Bei Kompensationsmaßnahmen treten wir für produktionsintegrierte Lösungen ein, um Kulturlandschaften über die Landwirtschaft langfristig eine Perspektive zu ermöglichen.

Nach den verheerenden Emissionsbelastungen aus dem Erbe der DDR, ist in Sachsen-Anhalt viel erreicht worden. Das spornt uns an, weiterhin neue, effiziente Technologien besonders zu fördern, um unsere Ziele im Rahmen des Umweltschutzes sicher zu erreichen.

Lärm und zunehmende Lichtverschmutzung werden in weiten Teilen der Bevölkerung als gesundheitliche Bedrohung empfunden. Der aktive Lärmschutz an Anlagen, Geräten und Fahrzeugen ist durch die Politik gezielter einzufordern. Klimaangepasste Stadtplanung, wie beispielsweise Luftschneisen, Grünanlagen, soll ihren Beitrag dazu leisten, die Lebensqualität in unseren Städten zu erhöhen.

Unsere Land- und Forstwirtschaft hat Zukunft!

Der ländliche Raum ist die Heimat des Großteils der Bevölkerung unseres Sachsen-Anhalts sowie Wirtschaftsraum und Kulturlandschaft mit wertvollen Natur- und Erholungsgebieten. Diese zu erhalten und zu stärken sowie die Attraktivität des Lebensumfeldes für alle Generationen zu erhalten, ist das oberste Ziel unserer Politik.

Unsere Heimat hat eine bedeutende, systemrelevante land- und forstwirtschaftliche Tradition. Ob in der Landwirtschaft, im Forst, im Garten- und Weinbau, mit der Jagd- und Angelwirtschaft: Die Menschen des ländlichen Raumes produzieren hochwertige Lebensmittel, Rohstoffe und Energie, wirtschaften umweltfreundlich, handeln Tierwohl orientiert und betreiben eine nachhaltige Forstwirtschaft. Weidetierhalter, Jäger und Angler helfen die Artenvielfalt in unserer Kulturlandschaft zu erhalten.

Auf einem breit gestreuten Eigentum an Grund und Boden sind die Land- und Forstwirtschaft als Arbeitgeber eine tragende Säule. Mit den Modellregionen und dem Projekt zum kooperativen Naturschutz in der Landwirtschaft haben wir gezeigt, dass sich Natur-, Arten- und Gewässerschutz und eine fachgerechte Bewirtschaftung der Fläche nicht ausschließen, sondern im Sinne der Anpassung an den Klimawandel ein „Miteinander“ schaffen. Land- und forstwirtschaftliches Landesvermögen soll in besonderer Weise dem Prinzip der Nachhaltigkeit unterliegen und nicht kurzfristigen fiskalischen Zwecken.

Die CDU steht für die Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft, in der verstärkt in Kreisläufen und im Einklang mit der Natur gewirtschaftet wird. Dabei kann sowohl konventionelle, als auch ökologische Landwirtschaft, nachhaltig betrieben werden. Angesichts globaler Herausforderungen – wie etwa dem weltweiten Bevölkerungswachstum sowie dem Klimawandel – benötigt die Landwirtschaft den technischen Fortschritt. Neue Vorhersage- und Selektionsmethoden, die auf der intelligenten Auswertung einer großen Menge von Daten über Genotyp, Phänotyp und Umwelt beruhen sowie neue Techniken zur gezielten Anwendung der Genschere, können zur effektiven Züchtung von Sorten und

ihrerseits zur Erreichung der Klima- und Umweltziele im Agrar- und Ernährungssystem beitragen. Moderne Pflanzenschutzmittel sind für die gesunde Ernährungssicherheit unverzichtbar. Dafür entwickeln wir eine moderne Agrarpolitik, die auf Anreizsysteme setzt und die Leistungen der Landwirtschaft angemessen honoriert.

Voraussetzung für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft sind stabile Strukturen sowie eine ausgewogene Verteilung von Grund und Boden. Das Land benötigt für Infrastrukturmaßnahmen einschließlich Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen einen Flächenpool bei der Landgesellschaft. Wir setzen uns für eine Vergabepaxis landwirtschaftlicher Flächen auf Bundesebene ein, die auf die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Bewirtschaftungsformen (ökologisch und konventionell) ein. Eigentum beinhaltet Verantwortung. Dieser unlösbare Zusammenhang führt zu gelebter Nachhaltigkeit. Wir treten für Transparenz über die Eigentumsverhältnisse des Bodens ein. Diesbezügliche gesetzliche Voraussetzungen sind zu schaffen.

Unsere fruchtbaren Böden sind ein traditioneller Standortvorteil für die Betriebe in Sachsen-Anhalt. Boden ist ein nicht vermehrbare Produktionsfaktor und muss als landwirtschaftliche Nutzfläche erhalten und geschützt werden. Dies beinhaltet, neben einer am Verursacherprinzip ausgerichteten Düngeverordnung, auch ein Nitrat-Messstellennetz, welches valide Ergebnisse liefern soll, um auch in Trockenphasen eine entsprechende Bewässerung sicherstellen zu können. Den Landwirtinnen und Landwirten müssen Perspektiven und Planungssicherheit eröffnet werden, um nach guter fachlicher Praxis zu wirtschaften und Erträge sicherstellen zu können. Deshalb fordern wir die Aufnahme der Ernährungssicherung in das Grundgesetz.

Unsere Landwirtschaft erfolgreich am Markt

Vor dem Hintergrund einer weiterwachsenden Weltbevölkerung ist die Versorgung der Menschen mit ausreichender und hochwertiger Nahrung absolut prioritär. Wir wollen, dass unsere Land- und Forstwirtschaft dauerhaft erfolgreich am Markt ist. Dabei gilt es vor allem, den Blick für strukturelle Abhängigkeiten zu schärfen und die vorhandenen Potentiale regionaler Vermarktung und Wertschöpfungsketten zu aktivieren, um auf entstehende Krisen reagieren zu können.

Im Zuge der Neuausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union gelten auch für Land- und Forstwirtschaft immer stärker die Regeln der Ökologisierung. Dieser Herausforderung haben sich die Betriebe in Sachsen-Anhalt bisher erfolgreich gestellt. Künftig muss die Wertschöpfung je

Hektar – durch neue Wertschöpfungsketten – weiter erhöht werden. Für die Erbringung freiwilliger Umweltleistungen sind Land- und Forstwirte gesondert zu entlohnen.

Wir werden einen zeitgemäßen und verbesserten Schutz der Verbraucher erwirken und die Position der Landwirtschaft gegenüber Handel und Verarbeitung stärken. Klare Regeln und Standards, deren Einhaltung der Staat wirksam durchsetzen kann, schützen vorrangig unseren Markt. Dabei sehen wir keinen grundlegenden Gegensatz zu wirtschaftlichen Interessen. Wir wollen die Chancen des sich verändernden Bewusstseins für regionale Lebensmittel nutzen, um unsere Spezialitäten und Qualitätsprodukte aus Sachsen-Anhalt über seine Grenzen hinaus zu vermarkten.

Die Tierhaltung ist eine maßgebliche Stütze der ländlichen Räume Sachsen-Anhalts. Aufgrund der höheren Ausgaben für zeitgemäße Tierhaltung, Nutztierverluste und sinkende Erzeugerpreise am Markt hat die Viehbesatzdichte abgenommen. Wir wollen die landwirtschaftliche Nutztierhalter in Sachsen-Anhalt dauerhaft unterstützen und ihnen ermöglichen, ihr Angebot flexibel an den sich verändernden Markt, das weniger vorhersehbare Klima und andere Erfordernisse anzupassen. Tierverluste durch Risse müssen präventiv vorgebeugt bzw. im Rissfall adäquat ausgeglichen werden. Durch regionale Schlachthofstrukturen wollen wir Tiertransporte verkürzen.

Aus unserem christlichen Verständnis, der Verantwortung für die Mitgeschöpfe sowie der Ehrfurcht vor dem Leben, erwächst für den Tierschutz ein besonderer Stellenwert. In Umsetzung dieses Verständnisses sowie zur Erfüllung des verfassungsrechtlichen Auftrages zum Tierschutz überprüfen wir die diesbezüglichen Landesregelungen regelmäßig und passen sie den wissenschaftlichen Erkenntnissen und sich verändernden Rahmenbedingungen an. Besonderes Gewicht kommt dabei einer artgerechten Tierhaltung zu. Das Anliegen des Tierschutzes und entsprechende Grundkenntnisse sollen in den Bildungseinrichtungen vermittelt werden.

Gute Landwirtschaft – gute Ausbildung

Damit es auch morgen und übermorgen in Sachsen-Anhalt Frauen und Männer gibt, die die Landwirtschaft mit Leidenschaft und Engagement betreiben, müssen junge Menschen dabei unterstützt werden, bestehende Betriebe fortzuführen. Voraussetzung ist die Förderung einer qualifizierten Aus-, Fort- und Weiterbildung. Zudem ist es unser Anliegen, bereits im schulischen Betrieb Praktika oder Hoftage anzubieten, um vorzeitig eine nachhaltige Entwicklung im Nachwuchs anzustreben. Die Bindung der jungen Menschen an Dorfgemeinschaften und unser Bundesland erachten wir als besonders wichtig.

Die Kooperation mit anderen Bundesländern und dem Bund soll bei der landeseigenen Agrarforschung sowie dem Lehr- und Versuchswesen gestärkt werden. Ähnlich wie für die Landwirtschaft, muss auch ein positives Forschungsumfeld zur Förderung des Clusters Holz und Forst sichergestellt werden. Unabhängige Forschungen und Entwicklungen sowie Innovationen sind wichtig für den Landwirtschafts- und Forststandort Sachsen-Anhalt. Wir unterstützen die Anwendung der Biotechnologie, jedoch lehnen wir Patente auf Tiere und Pflanzen ab.

Wald und Forstwirtschaft im Klimawandel

Rund ein Viertel der Landesfläche Sachsen-Anhalts ist bewaldet. Sie bietet Lebensraum für viele Pflanzen und Tierarten, ist Erholungsraum sowie wichtiger Wirtschaftsfaktor, Wasserspeicher und CO₂-Senke. Forstwirtschaft ist von langlebigen Prozessen geprägt. In Anbetracht dessen und der genannten Waldfunktionen ist der Forst auskömmlich mit Personal und Förderung auszustatten. Um den standortgerechten Waldumbau sowie eine nachhaltige Bewirtschaftung zu ermöglichen, braucht man auch die energetische Verwertung von Holz.

In Abstimmung mit der Wissenschaft und der Praxis werden wir einen resilienten und stabilen Waldumbau fördern. Veränderungen müssen – durch den zielgerichteten Einsatz von Förderinstrumenten zur Erhöhung der organisatorischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Forstbetriebe – aufgefangen werden. Überdies muss mit Blick auf die Herausforderungen des Klimawandels die Möglichkeit bestehen, dass von Menschen geschaffene Kulturlandschaften, unter fachlicher Begleitung umgebaut werden können, um die Entwicklung hin zum natürlichen Zustand zu unterstützen.

Die Ökosystemleistungen des Waldes sind künftig stärker anzuerkennen und zu vergüten. Für die Anerkennung dieser Leistungen ist es zielführend, den Wert auf wissenschaftlicher Grundlage zu ermitteln und die Ökosystemleistungen zu definieren und zu bewerten.

Insbesondere den Klein- und Kleinstprivatwald werden wir bei der Organisation, Holzvermarktung und im Verkauf unterstützen. Darüber hinaus ist die Sicherstellung des Forstschatzes im Wald bis hin zur logistischen und sonstigen Infrastruktur gefordert, um im Falle von Kalamitäten und Waldschäden im Wald handlungsfähig zu sein. Die Ausrichtung der Forstpolitik auf die zu erwartenden klimatischen Veränderungen, auch unter Beachtung des Wassermanagements, in Form geeigneten Wasserrückhaltes und der Begünstigung von Speicherfähigkeiten, mit einem ideologiefreien Leitbild für den Wald der Zukunft ist unerlässlich.

Die CDU unterstützt den Waldumbau einschließlich der Wiederaufforstung der geschädigten Waldflächen in Sachsen-Anhalt mit der strategischen Zielsetzung, dass so bewirtschaftete Wälder die vielfältigen Ansprüche der Multifunktionalität, insbesondere unter den Bedingungen des Klimawandels, besser berücksichtigen.

Familie und Gleichstellung

Zukunftsfähige, aktive und moderne Familienpolitik

Für uns als CDU Sachsen-Anhalt sind die Familien der Kern der Gesellschaft. Familie ist dabei für uns überall dort, wo Menschen unterschiedlicher Generationen Verantwortung füreinander übernehmen. Dabei erkennt die CDU an, dass die klassische Kernfamilie ein besonders stabiles Modell der Generationenverantwortung darstellt das nicht zum Spielball ideologischer Politik zugunsten von Minderheiten gemacht werden darf.

Unser Ziel ist es, dass familienfreundlichste Bundesland in Deutschland zu werden und auch darüber hinaus Maßstäbe auf diesem Politikfeld zu setzen. In diesem Sinne wollen wir auch Sozialpolitik für und mit den Menschen gestalten.

Dabei sehen wir den Staat als oberste Instanz, durch das Setzen der richtigen politischen Rahmenbedingungen, Familien bestmöglich zu unterstützen und ihre Interessen zu wahren. Dazu gehört, in erster Funktion, Eltern bei der Wahrnehmung ihres Erziehungsauftrags bestens zu unterstützen. Insbesondere junge Familien mit kleinen Kindern, Familien in besonderen Belastungssituationen und Familien, in denen Angehörige gepflegt werden, brauchen Unterstützung. Ehe und Familie genießen zu Recht den Schutz des Grundgesetzes und unserer Gesellschaft und sind Ausdruck unseres Werteverständnisses sowie unserer kulturellen Prägungen. Wir respektieren die Entscheidung von Menschen, die in anderen Formen der Partnerschaft ihren Lebensentwurf verwirklichen.

Wir erkennen an, dass auch in diesen Beziehungen Werte gelebt werden, die grundlegend für unsere Gesellschaft sind. Dies gilt nicht nur für nichteheliche Beziehungen zwischen Frauen und Männern, sondern auch für gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Wir werben für Toleranz und wenden uns gegen jede Form von Diskriminierung. Weiterhin treten wir für die Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sowie häuslicher Gewalt ein.

Die Familie ist der Schutzraum, in dem sich individuelle Fähigkeiten der Kinder entwickeln können, Solidarität gelebt wird und für unsere Gesellschaft existenzielle Werte und Tugenden weitergegeben werden. Ohne Kinder und Jugendliche hat eine Gesellschaft keine Zukunft. Für uns ist Kinderlärm Zukunftsmusik. Für Familien bedeuten Kinder bzw. Enkelkinder vor allem Glück und Erfüllung. Kinder zu haben, muss wieder als Bereicherung und nicht als Belastung empfunden werden. Dazu gehört auch der Schutz des ungeborenen Lebens unter Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechts der Frau.

Unser vorrangiges Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die allen Menschen in unserem Land Arbeit und Auskommen ermöglichen, damit die Gründung einer Familie begünstigen und Familien mit Kindern mehr Anerkennung zollen.

Durch die Einführung privater Absicherungselemente und Eigenbeteiligungen dürfen Familien mit Kindern nicht benachteiligt werden. Bei einer Reform der sozialen Sicherungssysteme müssen die Bedürfnisse von Familien oberste Priorität haben.

Familienpolitik ist für uns ein wichtiges Politikfeld und eine ressortübergreifende Daueraufgabe. Vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft ist eine zukunftssichernde und progressive Familienpolitik auch nachhaltige Generationenpolitik.

Familienförderung bedeutet mehr als nur die Erhöhung der Geburtenrate in unserem Land. Wir wollen, dass Sachsen-Anhalt ein kinder- und familienfreundliches Land bleibt, wo gute Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine familienorientierte Dienstleistungs-, Wohn- und Infrastruktur und eine hohe Qualität der vorschulischen und schulischen Bildung sowie der Ausbildung geboten werden.

Wir wollen den Kinderwunsch von Frauen und Männern fördern, indem wir mögliche Hindernisse abbauen und bestehende Anreize verstärken. Der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben kommt eine hohe Bedeutung zu. Das Einkommen aus Erwerbstätigkeit ist existenzsichernde Grundlage für Menschen. Müttern und Vätern darf keine Benachteiligung beim Arbeitseinkommen, beim beruflichen Fortkommen und Aufstieg und bei der Arbeitszeitgestaltung entstehen. Eine familienbewusste Personalpolitik bietet Vorteile für die Unternehmen. Ziel ist es, die Bedürfnisse von Unternehmen an die Flexibilität ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit den Bedürfnissen von Müttern und Vätern in Einklang zu bringen. Wir brauchen eine familienfreundlichere Personal- und Wirtschaftspolitik. Diese wollen wir gemeinsam mit der Wirtschaft ausgestalten.

Um Paaren mit medizinisch indizierter Unfruchtbarkeit den Wunsch nach eigenen Kindern zu ermöglichen, dürfen künstliche Befruchtungen nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern. Mit einem die Bundeshilfen ergänzenden Landesgeld wollen wir diese weiterhin unterstützen.

Rollen von Müttern und Vätern stärken

Mütter und Väter müssen die Sicherheit haben, dass ihre Entscheidung für Kinder Respekt und Unterstützung verdient und nicht im Widerspruch zu ihren sonstigen persönlichen oder beruflichen Wünschen stehen muss. Sie sollen in partnerschaftlicher Weise Verantwortung für ihre Familien übernehmen können. Das schließt ein Familienmodell ein, bei dem sich Eltern partnerschaftlich darauf einigen, ob nur ein Elternteil während der Betreuungszeit einer Erwerbstätigkeit nachgeht oder beide. Frauen und Männer sind gleichberechtigt an Erwerbs- und Familienarbeit beteiligt.

Gleichberechtigt leben

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Entfaltung. Unsere Ziele sind Chancengerechtigkeit und die Befähigung zu eigenverantwortlicher Lebensgestaltung. Eine erfolgreiche Familienpolitik bedeutet daher auch immer eine konsequente Gleichstellungspolitik. Berufliche Karriere und das Leben mit Kindern sollten keine konkurrierenden Wünsche sein, sie sind als reale Lebenspläne von der Wirtschaft und Politik zu unterstützen.

Wir setzen uns für eine konsequente Frauenförderung in Führungspositionen ein. Außerdem wollen wir, dass die oftmals durch Frauen geleistete „Familienarbeit“ keine berufliche Benachteiligung bedeutet: Familienzeiten wegen Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen sollen durch einen problemlosen Wiedereinstieg in das Berufsleben honoriert werden.

Gerade bei den nach wie vor von Frauen dominierten sozialen Berufen wollen wir den Anteil von Männern erhöhen.

Uneingeschränkte Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft gewährleisten

Wir wollen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen und altersbedingten Einschränkungen, auf Grundlage der UN-Behindertenrechtskonvention, für die Zukunft sichern. Das bedeutet, dass wir die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Menschen mit solchen Einschränkungen gleichberechtigt am kulturellen, sozialen, beruflichen und politischen Leben teilnehmen können. Teilhabe bedeutet, dass die Solidargemeinschaft Menschen mit Behinderungen oder Einschränkungen dort unterstützt, wo individuelle Nachteile auszugleichen sind. Es gilt, den selbstverständlichen Umgang zwischen Behinderten und Nichtbehinderten – mit ihren jeweiligen Stärken und Schwächen – schon im Kindesalter zu erlernen. Dies gelingt am besten durch gemeinsame Bildung und Erziehung in den Familien, in den Kindereinrichtungen und in den Schulen. Gleichwohl muss das Kind mit seinen Grenzen und Möglichkeiten im Mittelpunkt stehen, um es bestmöglich zu fördern und vor Überforderung zu schützen.

Barrierefreiheit für alle Arten von Behinderung oder Einschränkung und damit das jeweils geeignete Lebensumfeld zu schaffen, das vom Kleinkind bis zum Erwachsenen im Erwerbsalter und bis hin zu hochbetagten Menschen Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben ermöglicht, muss ein gesamtgesellschaftliches Ziel sein. Dies umfasst alle Bereiche des Lebensalltags gleichermaßen wie Mobilität, Bildung, Gesundheitswesen, die öffentliche Verwaltung, behindertengerechtes Wohnen sowie auch kulturelle Einrichtungen und den Sport.

Eltern in ihrer Kompetenz stärken

Eltern stehen an erster Stelle in der Verantwortung für die Erziehung und Bildung ihrer Kinder. Erst wenn Eltern diesem Auftrag – aus welchen Gründen auch immer – nicht nachkommen können, sollen staatliche Stellen eingreifen. Dabei hat die Hilfe zur Selbsthilfe Vorrang vor anderen behördlichen Maßnahmen. Durch entsprechende Beratungsangebote und eine Familienbildung, die allen zugänglich sind, wollen wir Eltern die Möglichkeit geben, ihre Kompetenzen weiterzuentwickeln.

Kinder und Jugendliche schützen

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf eine gewaltfreie Erziehung. Neben den bestehenden gesetzlichen Regelungen ist der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor physischem, sexuellem und psychischem Missbrauch nicht nur eine Aufgabe von Behörden und anderen staatlichen Stellen, sondern aller Bürger. Des Weiteren unterstützen wir präventive Maßnahmen in Schulen und Kindertagesstätten mit dem Ziel, Kinder und Jugendlichen vor Sexualstraftaten und körperlicher und emotionaler Gewalt zu schützen. Wir unterstützen Aufklärungskampagnen zu den Folgen des Missbrauchs von legalen und illegalen Drogen. Daneben treten wir dafür ein, dass Medienkunde, zum Beispiel zur Nutzung von sozialen Netzwerken im Internet, (verpflichtender) Bestandteil der Lehrpläne in den Schulen Sachsen-Anhalts wird.

Jugendlichen Freiräume in der Gesellschaft schaffen

Jugendliche bzw. junge Menschen brauchen Freiräume, um sich in ihrer Freizeit auszuprobieren. Sie sollen Erfahrungen sammeln, die ihre Persönlichkeit mitformen. Durch die Gesellschaft sind entsprechende Freiräume zu schaffen bzw. zu erhalten. Dies kann zum Beispiel in Form von Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen sowie im Sport erfolgen. Dabei sind die Möglichkeiten der Selbstverwaltung und die Übertragung von Verantwortung an die Jugendlichen weitestgehend auszuschöpfen. Solche Angebote brauchen eine sichere finanzielle Basis. Die CDU wird sich daher aus einem übergeordneten landesweiten Interesse für die Fortführung und Weiterentwicklung der entsprechenden Finanzierungsinstrumente (z.B. Jugendpauschale, Fachkräfteprogramm, Sportförderung) einsetzen. Als Kommunalpartei liegt es in unserem eigenen Interesse, die Kinder- und Jugendarbeit als Pflichtaufgabe verantwortungsvoll wahrzunehmen und zu begleiten.

Weltoffenheit und Toleranz bei Kindern und Jugendlichen fördern

In Zeiten zunehmender Globalisierung ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche erkennen, welche Möglichkeiten sich hierdurch ergeben. Gleichzeitig ist die Vermittlung eines Heimatgefühls und das Bewusstsein für die reiche Geschichte unseres Landes die Basis für den Austausch mit Menschen aus anderen Ländern. Nur wer weiß, wo seine eigenen Wurzeln liegen, kann mit offenem Geist auf andere zugehen und vorurteilsfrei deren Lebenswelten kennenlernen.

Kinder und Jugendliche zu einem selbstverantworteten Leben erziehen

Unser Ziel ist es, Kinder und Jugendliche durch Erziehung und Bildung zu einem Leben in Selbstverantwortung zu erziehen. Dies kann nicht allein Aufgabe von Schule und anderen öffentlichen Angeboten sein. Eine frühzeitige, vielfältige und praxisnahe Berufsorientierung, um einen möglichst reibungslosen Übergang von der Schule in eine berufliche Ausbildung sicherzustellen, ist wieder stärker in den Fokus zu rücken.

Insbesondere benachteiligte Jugendliche sind häufig auf Unterstützung bei diesem Übergang angewiesen. Durch Modellprojekte wollen wir Jugendliche beim Übergang von Ausbildung in Beruf besser unterstützen sowie hindernde Schnittstellen zwischen Jugendhilfe und anderen Hilfesystemen wie SGB II, SGB III und SGB XII abbauen.

Unser Ziel muss es sein, unseren heranwachsenden Mitbürgern aufzuzeigen, dass Selbstverantwortung in unserer Gesellschaft auch heißt, die eigene Berufsausbildung abzuschließen, um danach in den selbst gewählten Beruf zu wechseln, damit man seinen Lebensunterhalt und seine Altersvorsorge eigenverantwortlich in die Hand nehmen kann.

Soziale Infrastruktur und Wohnen familienfreundlich gestalten

Zentral für Bedürfnisse von Familien ist ihre Wohnsituation. Bezahlbares Wohnen und ein breites Angebot an familien-, kind- und altersgerechten Wohnungen und Häusern bieten Sicherheit für Familien in Sachsen-Anhalt. Mehrgenerationenhäuser leisten einen wichtigen Beitrag für ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter. Wir unterstützen daher diese Projekte auch weiterhin.

Wohnortnahe Dienstleistungen, wie Kindergärten, Ärzte und Einkaufsmöglichkeiten, die Schaffung sicherer Schulwege, barrierefreier Zugänge zum ÖPNV sowie von Sport- und Spielmöglichkeiten, sind wichtige Eckpunkte einer kinderfreundlichen Stadtplanung, um schon durch die Umfeldgestaltung Signale zu setzen, dass in Sachsen-Anhalt Kinder oberste Priorität haben.

Bei der Gestaltung des unmittelbaren Lebensumfeldes setzen wir uns für eine aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ein. Die Instrumente reichen dabei von Gesprächen zur Gestaltung eines neuen Spielplatzes, bis hin zu Kinder- und Jugendgemeinderäten bzw. zum Kinder- und Jugendparlament. Dabei kommt es darauf an, Anliegen, Anregungen und Kritik der Kinder und Jugendliche ernst zu nehmen und sorgfältig zu prüfen. Kinder und Jugendliche werden sensibilisiert, an demokratischen Prozessen mitzuwirken. So wird frühzeitig das Bewusstsein für die Wichtigkeit der Beteiligung an demokratischen Entscheidungen, wie Wahlen, entwickelt und gestärkt.

Erhalt des analogen Lebens

Die Digitalisierung bestimmt immer mehr das Leben in unserer Gesellschaft. Aus verschiedenen Gründen (z.B. ökonomische, kognitive, intellektuelle) werden bestimmte soziale Gruppen und Schichten mit dieser Entwicklung überfordert. Deswegen ist der Erhalt der analogen Alternativen unerlässlich. Staatliche und öffentliche Einrichtungen, Banken und Sparkassen, sowie die Post müssen die analogen Alternativen zur Digitalisierung beispielhaft erhalten und weiterentwickeln.

Um gegen Katastrophen- und Krisensituationen gesichert zu sein, müssen gewisse analoge Grundstrukturen vorgehalten werden.

Für ein soziales Miteinander und eine tragfähige Gesundheitsversorgung

Gesellschaftliches Miteinander

Christliche Nächstenliebe bedeutet denen zu helfen, die Hilfe brauchen

Die CDU bekennt sich zum Sozialstaatsprinzip. Das bedeutet, dass wir Menschen in Not Hilfe und Unterstützung gewähren. Derzeit sind besonders ältere Menschen, Mehrkindfamilien und Alleinerziehende von einem höheren Armutsrisiko betroffen. Wir wollen den Betroffenen gezielt helfen, durch eigenes Erwerbseinkommen ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Dort, wo dies nicht möglich ist, werden durch die Gesellschaft entsprechende Sozialleistungen bedarfsorientiert gewährt. Denjenigen, die von Kinderarmut betroffen sind, wollen wir besonders helfen. Jedes Kind muss die Chance haben, sich gemäß den eigenen Talenten und persönlichen Fähigkeiten zu entwickeln. Diese Chancengerechtigkeit ist der Kern unserer Gesellschaft. Dabei sehen wir Kinderarmut immer auch als Familienarmut. Für uns ist eine erfolgreiche Sozialpolitik untrennbar mit einer erfolgreichen Wirtschafts- und Bildungspolitik verbunden.

Auch bei jeder anderen Sozialleistung der Gesellschaft muss der Grundsatz des Förderns und Forderns gelten. Die Gesellschaft bzw. der Staat werden dort tätig, wo der einzelne Mensch nicht in der Lage ist, die Herausforderungen und Probleme zu bewältigen. Im Umkehrschluss sehen wir aber auch die Notwendigkeit, dass Hilfebezieher das für sie Leistbare dazu beitragen, um ihre Situation selbst zu verbessern.

Christliche Nächstenliebe, in Verbindung mit der sozialen Marktwirtschaft, ist für uns in diesem Sinne vor allem auch Hilfe zur Selbsthilfe.

Das Miteinander gestalten

Unsere Gesellschaft zeichnet sich durch die Akzeptanz der unterschiedlichsten Lebensmodelle aus. Die CDU Sachsen-Anhalt ist neben dem Eheverbund offen für die verschiedensten Lebensentwürfe. Wir stehen für eine lebendige Gesellschaft, in der auch die Bereitschaft existiert, sich für die Gemeinschaft einzusetzen.

In diesem Sinne setzen wir auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Engagement in unserer Gesellschaft. Dies kann im kleinen Rahmen, zum Beispiel in Form von Nachbarschaftshilfe geschehen, aber auch in festen oder flexiblen Strukturen und sogar im Katastrophenfall erfolgen.

Wir setzen dabei auf die gegenseitige Unterstützung aller Generationen. Jugendlicher Tatendrang und wertvolle Erfahrungen ergänzen sich hier gegenseitig. Generationenübergreifende Zusammenarbeit und die Mitwirkung von Menschen mit unterschiedlichen biografischen Hintergründen ist zum Vorteil

aller. Wenn alle ihre Perspektiven einbringen können, wird unsere Gesellschaft den unterschiedlichen Herausforderungen und Bedürfnissen auch zukünftig gerecht werden können.

Als CDU Sachsen-Anhalt stehen wir für eine Gesellschaft, in der das gute Miteinander und die Achtung füreinander das Fundament bilden.

Durch digitale und analoge Partnerschaften bzw. Patenschaften können z.B. das Wissen und die Erfahrung generationenübergreifend ausgetauscht und das Verständnis füreinander verbessert werden.

Darüber hinaus treten wir dafür ein, das Diskriminierungsverbot auf Grund des Alters unmittelbar in geltendes Recht zu überführen und bestehende Höchstaltersgrenzen und damit einhergehende Tätigkeitsverbote in Politik und Gesellschaft abzuschaffen.

Pflege als gesellschaftliche Aufgabe

Gute Lebensbedingungen und eine etablierte Hochleistungsmedizin ermöglichen oftmals eine schnelle Genesung und ein zunehmendes Lebensalter. Ein wachsender Teil der Bevölkerung unseres Bundeslandes ist jedoch jetzt und künftig auf Unterstützung und Pflege bei Genesung, Rehabilitation und im Alter angewiesen.

Die CDU steht für eine Politik, die eine bedarfsorientierte, professionelle und verlässliche Pflege gewährleistet. Familiäre Ressourcen müssen gestützt und ehrenamtliches Engagement gefördert werden. Wir wollen die Entwicklung von altersgerechter Begleitung fördern. Ziel ist es dabei, Kranke, Pflegebedürftige und sterbende Menschen in unserer gesellschaftlichen Mitte zu behalten. Für uns ist Pflege in jedem Lebensalter eine gemeinsame Aufgabe von Gesellschaft, Familie und sozialem Umfeld. Mit unserer Politik fördern wir die eigenverantwortliche Vorsorge. Der frühzeitigen Prävention zur Vermeidung einer Pflegebedürftigkeit muss in den kommenden Jahren mehr Raum eingeräumt werden. Am Grundsatz Rehabilitation vor Pflege halten wir fest.

Die von der Solidargemeinschaft getragenen Pflegeleistungen haben sich an den individuellen Bedürfnissen und objektiven Notwendigkeiten zu orientieren. Zur Weiterentwicklung bedarf es zwingend mehr Versorgungsforschung und Entwicklung sich daraus ergebener Angebote und Strukturen. Zur Gewinnung von Umsetzungsreserven hat eine konsequente Digitalisierung aller Abläufe zu erfolgen, die zielgerichtet durch Robotik in der Pflege ergänzt wird. Dies darf nicht zulasten sozialer Kontakte und menschlicher Zuwendung gehen. Wir wollen den Bürokratieabbau in der Pflege voranbringen.

Hilfeleistungen müssen aufeinander abgestimmt werden und darauf abzielen, dem Pflegebedürftigen möglichst lange größtmögliche Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit zu gewährleisten. Die zunehmenden Versorgungsbedarfe der wachsenden Zahl an Pflegebedürftigen erfordern eine leistungsfähige Pflegeinfrastruktur. Dafür muss ausreichend und gut qualifiziertes Personal zur Verfügung stehen. Mit Blick auf die demographische Situation muss sich die Entwicklung des Pflegeberufes am Bedarf und den Interessen von Berufseinsteigern orientieren. Des Weiteren sind die Gewinnung und Integration ausländischer Pflegekräfte sowie eine zeitnahe Prüfung, Qualifizierung und Zulassung Schlüsselaufgaben der kommenden Jahre.

Die Beiträge zur Heimunterbringung oder für den Krankenhausaufenthalt tragen zur Kostendeckung bei. Wir achten darauf, dass sie den Einzelnen jedoch nicht überfordern und die Pflege bezahlbar bleibt.

Eine flexible Deckung des Pflegebedarfs, durch unterschiedliche ambulante und stationäre Angebote, unterstützt die Pflegebedürftigen. Sie helfen Ihnen bei einer selbstbestimmten Lebensführung und entlastete auch pflegende Angehörige.

Zukunftsfeste Rente

Die Rente ist Anerkennung einer Lebensleistung und ist wichtiger Teil der Einkommenssicherung im Alter. Unser dreigliedriges Rentensystem aus gesetzlicher Rentenversicherung sowie betrieblicher und privater Altersvorsorge steht aufgrund der demografischen Entwicklung vor großen Herausforderungen. Die CDU Sachsen-Anhalt spricht sich für eine Weiterentwicklung der Altersvorsorge aus, um auch in Zukunft ein würdiges Auskommen im Alter zu ermöglichen, ohne die arbeitende Generation zu überfordern.

Die Bildungs- und Erwerbsbiografien der Menschen in unserem Bundesland sind vielfältiger denn je. Auf Grund der demografischen Entwicklung, dem Mangel an erfahrenen Fachkräften und der gesellschaftspolitischen Bedeutung der Arbeit ist ein starres Renteneintrittsalter kontraproduktiv und nicht mehr zeitgemäß. Wir schlagen stattdessen ein Beitragsjahresmodell vor. Jeder soll in Abhängigkeit seines körperlichen und geistigen Zustandes, von seiner Belastungsfähigkeit entscheiden, wann er seine berufliche Tätigkeit reduziert, bzw. beendet. Dafür wollen wir die erforderlichen Voraussetzungen schaffen.

Die erfahrenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unseres Landes verfügen über erhebliches Fachwissen und Erfahrungen. Wir möchten ihnen die Möglichkeit eröffnen, diese weiterhin einzubringen. Eine zukunftsfeste Rente kann sich nicht allein auf die gesetzliche Rentenversicherung stützen. Wir wollen die betriebliche und private Altersvorsorge stärken und vereinfachen sowie diese

allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugänglich machen. Künftig sollen sie ab dem ersten verdienten Euro automatisch in eine staatlich geförderte private Vorsorge einzahlen, es sei denn, sie entscheiden sich bewusst dagegen (Opt-out-Modell). Somit wollen wir sicherstellen, dass insbesondere niedrige und mittlere Einkommen von einer staatlich geförderten Altersvorsorge profitieren. Wir fordern auf Bundesebene gesetzliche Bestimmungen für eine ausreichende, verpflichtende Altersvorsorge bei Selbstständigen.

Zur Verminderung der Altersarmut unter vielen Aussiedlern- und Spätaussiedlern treten wir weiterhin für eine Korrektur des Fremdrentengesetzes ein.

Soziale Sicherungssysteme

Die Modelle der sozialen Sicherung in Deutschland stehen vor großen Herausforderungen einer harten Bewährungsprobe. Eine Neuausrichtung ist nötig. Auch zukünftig werden regionale und globale Krisen für Teile unserer Gesellschaft zu finanziellen Einschränkungen führen. Nur mit einem sicheren, gerechten und belastbaren Sozialsystem wird Deutschland schnell und zuverlässig auch Krisensituationen überstehen. Jede Einwohnerin und jeder Einwohner unseres Landes muss sich darauf verlassen können, dass der Sozialstaat die Betroffenen in Not- und Bedarfszeiten zeitnah und individuell unterstützt und in Erfolgszeiten gerecht belastet. Das Vertrauen in unser Sozialsystem muss durch eine Modernisierung der Verwaltung, Digitalisierung der Strukturen und vor allem die Anpassung an die zukünftige Bedarfslagen gestärkt werden.

Unser Sozialsystem muss gezielt auf die Verhinderung und die Beherrschung von Notlagen ausgerichtet sein. Prävention und Resilienz spielen dabei eine große Rolle. Hilfe zur Selbsthilfe und Unterstützung durch Familien, Freunde und Nachbarn müssen deutlicher anerkannt und gestärkt werden. Die Erforderlichkeit der Inanspruchnahme staatlicher Mittel soll auf das Notwendigste begrenzt werden. Hilfsorganisationen und Vereine sollen bei ihrer gemeinnützigen Arbeit stärker unterstützt werden.

Bereits heute erkennbaren Bedarfslagen muss durch geeignete Maßnahmen entgegengewirkt werden. Die Sozialpolitik muss vorausschauend und klug agieren und nicht nur auf vorhandene Lagen reagieren. Die CDU Sachsen-Anhalt setzt sich für den Auf- und Ausbau eines effektiven Krisen-Monitorings ein, um die zukünftigen Bedarfe besser zu erkennen. Zivilgesellschaftliche Akteure können ein Frühwarnsystem sein, um staatliche Hilfsprogramme bedarfsgerecht aufzustellen und auf Aktualität zu prüfen. Die Zusammenarbeit mit diesen Akteuren muss intensiviert werden.

Die CDU Sachsen-Anhalt setzt sich für einen sicheren, gerechten und bezahlbaren Zugang zu Energie ein. Bezahlbare Wärme- und Warmwasserversorgung sind für uns ebenso selbstverständlich, wie erschwingliche und bedarfsorientierte Mobilität in jeder Gemeinde unseres Landes. Auch in ländlichen

Regionen, in denen Menschen auf Individualverkehr angewiesen sind, muss dieser allen gesellschaftlichen Schichten zugänglich sein. Die Energieknappheit darf die Bevölkerung nicht unangemessen belasten, die sozialen Härtefälle müssen abgefangen werden. Für Personen die von Zahlungsunfähigkeit oder Schlimmerem bedroht sind, müssen ausreichend Hilfsangebote vorhanden sein.

Die CDU Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass in allen Sozialleistungsbereichen den besonderen Bedürfnissen der Kinder ausreichend Rechnung getragen wird. Die soziale Situation der Eltern darf für die Zukunftschancen der Kinder keine Rolle spielen.

Die CDU Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass in Arbeitslosigkeit geratene Personen jede mögliche Unterstützung erfahren, um diese zu beenden. Die Zeit der ungewollten Arbeitslosigkeit sollte durch die Betroffenen genutzt werden können, um Umschulungs- oder Weiterbildungsgelegenheiten zielgerichtet in Anspruch zu nehmen. Der Fachkräftemangel muss auch auf diesem Wege bekämpft werden. Der Strukturwandel und die Energiewende bieten für viele Arbeitslose, aber auch für die Fachkräftepolitik in unserem Land neue Perspektiven.

Die CDU Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass Leistungsbeantragung und Leistungserbringung entbürokratisiert und digitalisiert werden. Gleichzeitig muss aber eine ausreichende Kontrolldichte vorhanden sein, um Leistungsmissbrauch zu verhindern.

Personen, die dauerhaft zumutbare Arbeit ablehnen, eine Bedürftigkeit vortäuschen oder auf andere Weise unser Sozialsystem missbrauchen, müssen zur Verantwortung gezogen werden.

Gesundheit

Die stabile und flächendeckende Gesundheitsversorgung aller Menschen in Sachsen-Anhalt ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die zukünftige Entwicklung unserer Heimat. Das Land und die Kommunen müssen sich dieser Verantwortung bewusst sein und entsprechend handeln. Möglich wird dies nur, wenn wir abgestufte und bedarfsgerechte Versorgungsstrukturen erhalten und weiterentwickeln. Um auch zukünftig die medizinische Notfallversorgung in allen Landesteilen sicherstellen zu können, ist deren konsequente und schnelle Digitalisierung in Abstimmung mit den Feuerwehren und der Polizei unseres Landes notwendig. Telemedizinische Verfahren müssen hierzu ebenso zum Einsatz kommen, wie moderne Kommunikationsmittel und ein optimiertes Leitstellennetz. Unter dem Eindruck der Corona-Pandemie wird deutlich, dass der öffentliche Gesundheitsdienst zeitnah einer Stärkung und mittelfristig einer Weiterentwicklung bedarf.

Wissenschaft und Forschung führen immer stärker zu einer individuellen und personalisierten Medizin. Moderne Verfahren der Vorsorge, Diagnostik, Therapie und Rehabilitation haben darin ebenso einen festen Platz, wie die koordinierte und enge Zusammenarbeit zwischen den Leistungserbringern aus

dem ambulanten, dem stationären und Rehabilitations-Bereich sowie denen der Arznei-, Heil- und Hilfsmittelversorgungen. Nur so können die Chancen der modernen Medizin vollständig für die Menschen Sachsen-Anhalts genutzt werden.

Die Ärztinnen und Ärzte sind ebenso wie die Angehörigen der Gesundheitsfach- und Pflegeberufe seit Jahrzehnten der Garant für ein gut funktionierendes Gesundheitssystem in Sachsen-Anhalt. Die verlässliche Aus-, Weiter- und Fortbildung von medizinischem und pflegerischen Fachpersonal, nicht zuletzt auch neuer akademisierter medizinischer Berufe, ist mehr denn je notwendig. Neben einer Verbesserung der Attraktivität der Universitäten, Hoch-, Fach- und Berufsschulen muss dazu die Zahl der Studien- und Ausbildungsplätze bedarfsgerecht erhöht und die Zahl der in Sachsen-Anhalt verbleibenden Absolventen deutlich gesteigert werden.

Deutlich stärker als bisher soll diesen Berufsgruppen die unternehmerische Gründung, Fortführung oder Beteiligung an Einrichtungen der Gesundheitswirtschaft ermöglicht werden. Ihre unternehmerische Kompetenz und Aktivität müssen dazu eine Entwicklung und Stärkung erfahren. Diese Investitionen werden medizinisches Fachpersonal an Sachsen-Anhalt binden und dazu beitragen, den Einfluss rein gewinnorientierter Finanz-Investoren auf Gesundheitseinrichtungen in Sachsen-Anhalt zu begrenzen.

Wir halten eine zukunftsorientierte und bedarfsgerechte Investition in die Krankenhäuser Sachsen-Anhalts für unbedingt erforderlich. Die Vielfalt der Krankenhausträger (öffentlich-rechtlich, freigemeinnützig und privat) soll in Sachsen-Anhalt auch zukünftig erhalten bleiben.

In Sachsen-Anhalt wird in der Medizin und den angrenzenden Wissenschaftsgebieten solide geforscht. Viel stärker als bisher müssen allerdings die Forschungserkenntnisse und -ergebnisse der Universitäten und Hochschulen in die tägliche Praxis überführt werden. Es bedarf eines unternehmer- und investitionsfreundlichen Klimas im Bereich der Gesundheitswirtschaft, um Unternehmen mit Bezug zum Gesundheitswesen anzusiedeln und zu entwickeln. Wir wollen dazu beitragen, dass sich dieser Wirtschaftszweig in den nächsten Jahrzehnten positiv entwickelt und damit zum Wirtschaftsaufschwung und zur Schaffung neuer, attraktiver Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt beiträgt. Um die Gesundheitsversorgung der Menschen unseres Landes auch in Katastrophen-, Krisen- und Spannungsfällen ausreichend sicherstellen zu können, ist die Ausplanung und Schaffung materieller, organisatorischer und personeller Vorsorgemaßnahmen und Reserven erforderlich.

Wir setzen uns für die Einführung von Gemeindenotfallsanitätern im ländlichen Raum ein.

Nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik

Wir stehen für eine nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik. Auch Geld ist eine Ressource, die nach unserem Verständnis nicht unbegrenzt zur Verfügung steht. Ressourcenschonung beginnt deshalb beim verantwortungsvollen und sparsamen Umgang mit Geld. Leistungsbereitschaft entsteht nicht durch Umverteilung und Gleichmacherei, sondern durch Anreize und dem Zusammenhang zwischen Leistung und Entlohnung. Der gewissenhafte und nachhaltige Umgang mit den Landesfinanzen ist Ausdruck der Wertschätzung gegenüber den Steuerzahlern. Wir sind davon überzeugt, dass ohne zielgerichtete Investitionen und eine notwendige Prioritätensetzung in der Finanzpolitik dauerhafter Wohlstand nicht möglich ist. Die aktuellen finanz- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen, wie steigende Zinsen und Inflationsraten, Krisenfolgen sowie zukünftige unvorhersehbare Ereignisse gefährden die Handlungsfähigkeit unseres Landes. Umso wichtiger ist es, dass Sachsen-Anhalt finanzielle Spielräume bleiben, um sich diesen Herausforderungen zu stellen. Die Finanzpolitik der Zukunft muss ergebnisorientierter sein. Der Nutzen und die Wirksamkeit der Ausgaben müssen im Vordergrund stehen. Eine schuldenfinanzierte Finanzpolitik zu Lasten der nachfolgenden Generationen lehnen wir ab.

Faire Lastenverteilung zwischen den Generationen

Wir stehen für eine Finanzpolitik, die den kommenden Generationen mehr Spielräume verschafft, als der aktuellen Generation. Dazu gehören die Einhaltung der Schuldenbremse und das Tilgen von Altschulden. Eine Lastenverschiebung zum Nachteil der kommenden Generationen darf es nicht geben. Die Senkung der Pro-Kopf-Verschuldung ist für uns deshalb genauso mit der Generationengerechtigkeit verbunden, wie das Schaffen von Rücklagen zur Krisenvorsorge.

Faire Lastenverteilung zwischen Land und kommunaler Familie

Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse durch eine auskömmliche Finanzierung unserer Kommunen im Land ist eines unserer Kernanliegen. Dazu bedarf es einer angemessenen Grundversorgung mit Dienstleistungen und notwendiger Infrastruktur. Die demografische Entwicklung und die Leistungsfähigkeit des Landeshaushaltes erfordern auch in diesem Bereich eine klare Prioritätensetzung. Weder das Land kann sich zulasten der kommunalen Familie konsolidieren, noch darf es zu einer Überforderung des Landes durch die kommunale Familie kommen.

Nachhaltige und wirkungsorientierte Investitionen

Die finanziellen Spielräume unseres Landes sind durch die Schuldenbremse begrenzt. Unseren Handlungsspielraum bilden die laufenden Einnahmen. In kaum einem Land sind so hohe Steuern und Abgaben zu zahlen, wie in der Bundesrepublik. Der Respekt vor den Steuerzahlern verbietet deshalb weitere Steuererhöhungen. Stattdessen muss jeder Steuereuro nachhaltig und wirkungsorientiert investiert werden.

Anstatt ideologisch motiviert, wollen wir Investitionen in Schwerpunktbereiche mit größtmöglichem Nutzen für die Allgemeinheit lenken. Dazu gehören u.a. Gesundheitsversorgung, Energie- und Ernährungssicherheit, Digitalisierung, Firmenansiedlungen, Infrastruktur, Bildung und bezahlbaren Wohnraum.

Unbürokratische und konzentrierte Förderpolitik

Die Förderlandschaft muss dringend vereinfacht und entbürokratisiert werden. Einheitliche, verständliche und beherrschbare Antragsverfahren anstatt Kleinteiligkeit und Bürokratie müssen das Ergebnis sein. Wir wollen dort fördern, wo es notwendig ist und Mitnahmeeffekte vermeiden. Mit der Investitionsbank als rechtlich selbstständige Förderbank steht dafür ein leistungsfähiger Dienstleister zur Verfügung.

Effizienz durch schlanke Strukturen

Wir stehen für schlanke, transparente und bürgernahe Verfahren in der Verwaltung. Dazu bedarf es insbesondere der digitalen Transformation. Diese entsteht nicht einfach so, sie ist durch uns zu gestalten. Wir sehen den Staat als Dienstleister für eine leistungsfähige Daseinsvorsorge, die in der gesamten Fläche verfügbar ist. Dabei schafft der Staat verlässliche Rahmenbedingungen und übernimmt nicht mehr Verantwortung als zur Erfüllung dieser Aufgaben notwendig ist.

Schlankere Strukturen schaffen im Zusammenhang mit neuen und digitalen Arbeitsformen eine moderne Verwaltung. Wir stehen für eine geringere Regelungsdichte und führen Aufgaben zusammen.

Für gleichwertige Lebensverhältnisse - Infrastruktur und Digitalisierung zum Motor für Wirtschaft und Wohlstand machen

Wir stehen gemeinsam vor großen sozialen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen. Dieser Wandel erfasst alle Politikfelder. Die CDU Sachsen-Anhalt gestaltet Zukunftspolitik - bürgernah, realistisch und mit Lösungen, die das ganze Land im Blick haben. Wir sind innovativ, wenn es um die Sicherung von Wohlstand geht und setzen auch Bewährtes fort. Um Strukturschwächen zu beheben, sind weitere Investitionen in unsere Infrastruktur notwendig.

Die CDU steht für ein offenes, bürgernahes und modernes Sachsen-Anhalt, in welchem unsere Städte und der ländliche Raum gleichberechtigt nebeneinanderstehen. Der weit überwiegende Teil unserer Bürger wohnt und lebt jedoch im ländlichen Raum. Daher legen wir besonderes Augenmerk auf den Erhalt und weiteren Ausbau der Infrastruktur im ländlichen Raum. Handlungsfähige und selbstbewusste Städte, Gemeinden und Landkreise stehen vor vielfältigen Herausforderungen im Bereich von Demografie, Integration, Umwelt und Wirtschaft.

Die Kommunen sollen auch weiterhin in die Lage versetzt werden, die Daseinsvorsorge in allen Lebensbereichen wie z.B. der Schule, dem Verkehr, der Umwelt, der medizinischen Versorgung oder der Kultur für unsere Bürgerinnen und Bürger nach den örtlichen Gegebenheiten zu gewährleisten. Einen Rückbau oder das Schließen von bedarfsgerechten Einrichtungen in diesen Bereichen ist zu verhindern. Es ist uns wichtig, dass jeder die gleichen Möglichkeiten, Perspektiven und Zukunftschancen sieht, egal ob in einer großen Stadt oder in einer kleinen dörflichen Kommune wohnt. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse muss bewahrt bleiben.

Dazu brauchen wir starke, handlungsfähige Gemeinden mit zukunftsfesten Strukturen und einer bürgerfreundlichen Verwaltung. Den schonenden Umgang mit Ressourcen, eine lückenlose Breitbandversorgung und eine flächendeckend gute medizinische Versorgung erachten wir als ebenso obligatorisch, wie einen gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr, ein Netz von sozialen Angeboten für alle Lebensphasen und kurze Wege zu Bildungseinrichtungen.

Städte- und Wohnungsbau

Ziel unserer Städtebau- und Wohnungspolitik ist es, die Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts mit ausreichendem, modernem und bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Hierzu zählen auch der Bau und Erhalt privater Eigenheime. Land und Kommunen sind in der Verantwortung, die erforderlichen Rahmenbedingungen für die dazu notwendigen Investitionen zu schaffen. Dieser Grundsatz ist, unter Beachtung der erwartbar schrumpfenden und alternden Bevölkerung, umzusetzen. Die nachhaltige

Förderung des Wohnungsbaus ist Länderaufgabe Für uns bleibt sie ein wichtiges Instrument nachhaltiger Zukunftspolitik.

Die Rahmenbedingungen von Wohnungsbau und Stadtentwicklung werden wir konsequent auf die nachhaltige Entwicklung in den Kommunen ausrichten. Bei Investitionen setzen wir auf den Grundsatz, dass die Innenstadtbereiche der Ober- und Mittelzentren gestärkt werden. Zudem wollen wir die Entwicklung des ländlichen Raumes weiter fördern und die energetische Gebäude- und Wohnraumsanierung unterstützen. Damit möglichst viele Bürgerinnen und Bürger so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden leben können, ist die Herstellung von weitestgehender Barrierefreiheit, insbesondere im Wohnumfeld, sowie Anbindung mit gutem, barrierefreien ÖPNV und Verkehrswegen auch zukünftig von enormer Bedeutung.

Wir wollen ein flexibles und bürgernahes Baurecht, um einen fairen Ausgleich zwischen energetischen Standards, den Wünschen der Bewohnerinnen und Bewohner sowie der Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum zu schaffen. Alle müssen sich auch zukünftig im Rahmen seiner Möglichkeiten seinen individuellen Traum vom Wohnen verwirklichen können.

Insbesondere benötigen wir für Einzeldenkmäler und Dörfer im Flächendenkmal eine Entbürokratisierung der Detailvorschriften, um schneller Klarheit und Entscheidungen bei den widerstreitenden Zielsetzungen / Vorschriften von Klimaschutz / Energieeinsparung/ Bauvorschriften und Einzeldenkmalvorschriften zu erhalten.

Verkehr

Mobilität ist ein Grundbedürfnis moderner Gesellschaften und Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand. Dies gilt in besonderer Weise in unserem Flächenland. Die persönliche Mobilität darf nicht eingeschränkt werden. Ideologisch bedingte Autoverbote, Fahrverbote, Straßenumwidmungen und Geschwindigkeitsbegrenzungen lehnen wir ab. Wir setzen uns für den Erhalt und – wo nötig – für den bedarfsgerechten Ausbau des Verkehrsnetzes sowie maßgeschneiderte Mobilitätsangebote ein. Dabei ist Mobilität umweltverträglich zu gestalten. Die CDU Sachsen-Anhalt unterstützt daher konsequent die Verringerung der Umweltbelastungen in allen Verkehrsbereichen und fördert entsprechende Entwicklungen. Auch innovative Transportmöglichkeiten und die intelligente Vernetzung aller Verkehrsträger sehen wir als große Chance für unser Land. Dabei setzen wir sowohl auf bewährte als auch auf innovative Antriebstechnologien. Durch intelligente, verkehrslenkende Maßnahmen wollen wir Emissionen jeglicher Art konsequent senken.

Im Hinblick auf weitere wirtschaftliche Großansiedlungen in unserem Land bleibt die Entwicklung ganzheitlicher Verkehrswegepläne und integrierter Mobilitätskonzepte von entscheidender

Bedeutung. Mobilität trägt maßgeblich zur Entwicklung des Landes und zur Erhaltung von Arbeitsplätzen bei.

Wachstum und Wohlstand erfordern leistungsfähige Infrastrukturen und insbesondere einen attraktiven Personen- und Güterverkehr. Sachsen-Anhalt liegt in der Mitte Deutschlands und Europas und nimmt bei den Verkehrsströmen im europäischen Netz eine Drehscheibenfunktion wahr. Diese besondere Lage ist ein Standortvorteil, eine Stärke, den es zu nutzen gilt. Sachsen-Anhalt hat eine hohe Kompetenz im Logistikbereich, die durch die enge Kooperation zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik bereits auf ein europäisches Spitzenniveau gehoben wurde. Dieses gilt zu halten und auszubauen. Hierbei setzen wir auf einen ausgewogenen Verkehrsmix. Der Verkehr auf Schiene, Straße, Wasser und in der Luft ist, wo immer möglich, zu Verkehrsknoten zu verbinden und zielgerichtet weiterzuentwickeln. Dies erfordert zudem auch intelligente Logistikkonzepte, die maßgeblich in Forschungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt zu entwickeln sind.

Die CDU Sachsen-Anhalt bekennt sich insbesondere zum Erhalt leistungsfähiger Binnenwasserstraßen, zum Lückenschluss im Autobahnnetz und zur weiteren Modernisierung und Ausbau des Schienennetzes. Wir kämpfen für die schnelle Fertigstellung der A14 Nordverlängerung, der A143 sowie für die Nordverlängerung der A71 und den Bau eines Autobahnringes um Magdeburg. Genauso setzen wir uns für die Realisierung dringend benötigter Ortsumfahrungen und den Bau der B190n ein. Die Entlastung der Oberzentren vom überregionalen Fernlastverkehr bleibt unser Ziel.

Zudem ist für die Landeshauptstadt eine verlässliche Anbindung an das deutschlandweite ICE-Netz unerlässlich. Eine gute Verkehrspolitik muss für uns neben den Wachstumsregionen aber auch immer die strukturschwächeren Landesteile im Blick haben. Ein gut ausgebauter, zuverlässiger, pünktlicher und moderner öffentlicher Nahverkehr ist vor allem für Pendler in die Ballungsräume sowie für die touristische Entwicklung unerlässlich.

Wir setzen uns für zusätzliche feste Querungen von Elbe und Saale ein.

Wir wollen, dass mit Hilfe eines modernen Planungsrechts wichtige Infrastrukturmaßnahmen schneller realisiert werden können. Um einer ideologischen Verhinderungspolitik entgegenzuwirken wollen wir außerdem, dass Klagerechte an aktive Mitwirkungspflichten und Präklusion gebunden werden sowie die Stichtagsregelung wieder eingeführt wird. Wir treten für die Abschaffung des Verbandsklagerechtes ein.

Im Hinblick auf eine umweltgerechte Verkehrsgestaltung kommt dem Schiffs- und Schienenverkehr eine wachsende Bedeutung zu. Für die schiffahrtliche Nutzung unserer Wasserstraßen wollen wir Anreize für die Weiterentwicklung sparsamer Antriebstechniken setzen und den Einsatz alternativer Kraftstoffe befördern. Mit ökologisch wirksamen Rahmenbedingungen und marktwirtschaftlichen

Mitteln wollen wir die Energieeffizienz des Luft-, Schiff-, Schienen- und Kraftfahrzeugverkehrs erhöhen.

Dem Radverkehr kommt in unserem Land eine wachsende Bedeutung zu. Er vernetzt nicht nur unsere großen Städte mit ihren umliegenden, ländlichen Regionen, sondern ergänzt auch unseren öffentlichen Personennahverkehr ganz entscheidend. Deshalb werden wir den Radverkehr in der Entwicklung unserer Verkehrswege stärker integrieren. Wir setzen uns für einen kontinuierlichen Ausbau des Radwegenetzes ein.

Auch in Regionen mit geringerer Bevölkerungsdichte muss die Mobilität durch gute und bezahlbare Verkehrsanbindung gewährleistet werden. Erfolgreiche Modellversuche wie Ruf- und Bürgerbusse sollen im Rahmen des ÖPNV weiterentwickelt werden. So stärken wir gezielt Entwicklungspotentiale für den ländlichen Raum.

Verkehrssicherheit

Wir wollen die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auch zukünftig erhalten. Unsere Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf ein sicheres Verkehrssystem.

Die bisherigen Ansätze für mehr Verkehrssicherheit wollen wir nachhaltig ausweiten und fortentwickeln.

Demografischer Wandel

Der demografische Wandel stellt eine wesentliche Herausforderung für unser Land dar. Die Bevölkerungsentwicklung in den Regionen Sachsen-Anhalts verläuft sehr unterschiedlich. Dies darf keine bleibenden Auswirkungen auf die Lebensqualität, insbesondere des ländlichen Raums, haben. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bleibt unser Ziel. Die Daseinsvorsorge in allen Bereichen unseres Landes muss daher einen völlig neuen Stellenwert erhalten. Dies begreifen wir als Chance und werden den notwendigen Anpassungsprozess auf allen betroffenen Politikfeldern aktiv voranbringen. Eine attraktive, identitätsstiftende Heimat bietet insbesondere jungen Familien eine gute Zukunftsperspektive.

Mit der Kombination aus Eigenverantwortung, staatlichen Leistungen und bürgerschaftlichem Engagement werden wir die Bedingungen dafür schaffen, dass Menschen weiterhin ihr Leben in ihrer vertrauten Umgebung selbstbestimmt gestalten können. Unser Ziel ist es, die Kräfte des Einzelnen zu stärken und Eigeninitiative sowie Eigenverantwortung zu fördern.

Landesentwicklung

Um unser Land für die Zukunft gut aufzustellen, setzen wir uns für eine strategische Fortschreibung unseres Landesentwicklungsplanes ein. Dabei muss dieser mehr denn je als Chance zur Stärkung der ländlichen Räume verstanden werden. Mit Blick auf die nationalen und internationalen Entwicklungen und Herausforderungen ist es von großer Bedeutung, die Ressourcen und Stärken unseres Landes herauszustellen und zu sichern. Auch deshalb wollen wir ein Rohstoffsicherungskonzept erarbeiten.

Digitalisierung

Die Digitalisierung wird zur strategischen Frage der zukünftigen Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der sachsen-anhaltischen Wirtschaft. Ob demografischer Wandel, Fachkräftenachwuchs, Firmennachfolge, kleinteilige Wirtschaftsstruktur oder Daseinsvorsorge – intelligent angewendet ist Digitalisierung der einzige derzeit erkennbare Schlüssel zur Lösung vieler spezifischer Probleme unseres Landes. Bei allen modernen Prozessen wirkt Digitalisierung stark unterstützend und gesellschaftsprägend: Es ist unser Anliegen, zukünftig analoge oder papiergestützte Prozesse weitestgehend durch digitale zu ersetzen.

Dieser Transformationsprozess führt zu einem Kulturwandel in allen Bereichen des Lebens und der Gesellschaft und wird die Form von Entscheidungsfindungen nachhaltig beeinflussen. Er ist entscheidend, um den demographischen Wandel erfolgreich zu gestalten. Durch die Möglichkeiten komplexe Themen schnell effektiv anzugehen, wollen wir einen „Neustart in der Fläche“ gestalten, der unsere Regionen für Ideen und Innovation offenhält und attraktiv macht.

Digitale Infrastruktur und digitale Gesundheitsversorgung

Um nicht nur unseren Ämtern und Kommunen, sondern vor allem unserer Wirtschaft optimale Voraussetzungen zu schaffen, ist ein flächendeckender, möglichst eigenwirtschaftlicher Glasfaser- und 5G-Ausbau bis 2030 unerlässlich. Flächendeckender Mobilfunk und freie WLAN-Netze im ganzen Land sind unser Ziel.

Beim Straßenaus- bzw. -neubau wollen wir Leerrohre überall dort mitverlegen, wo es für die Versorgung mit schnellem Internet nötig ist. Die öffentliche Verwaltung muss bürgerfreundlicher, moderner und effektiver werden. Daher ist die Umstellung auf elektronische Akten und digitalen Bürgerservice in allen Städten und Gemeinden sowie in allen öffentlichen Behörden weiter zu forcieren.

In einem Flächenland wie Sachsen-Anhalt wird die medizinische Versorgung zukünftig vernetzter und digitaler stattfinden. Mittelfristig muss es möglich sein, digitale Sprechstunden mit seinem (Fach-)Arzt abhalten zu können. Durch Vernetzung von häuslicher Pflege mit Ärzten, Apotheken sowie Heil- und Hilfsmittelerbringern soll die flächendeckende Versorgung erhalten werden.

Künstliche Intelligenz

Digitalisierung sehen wir insbesondere im Zusammenhang mit den Chancen, die sich aus künstlicher Intelligenz ergeben.

Die Einsatzmöglichkeiten künstlicher Intelligenz betreffen das Land in gleichem Maße wie die Landkreise und Kommunen.

Der Einsatz künstlicher Intelligenz im Auftrag der öffentlichen Hand bedingt einen umfangreichen und langwierigen Prozess der Einführung, da eine Vielzahl sowohl rechtlicher als auch technischer Fragen zu klären sein werden. In dem Prozess, den die Landesverwaltung angeht, soll auch den Kommunen und Landkreisen eröffnet werden, an dem gesammelten Wissen und den sich bietenden Anwendungsmöglichkeiten zu partizipieren.

Digitaler und moderner Datenschutz und Informationssicherheit

Datenschutz und Informationssicherheit dürfen kein Hemmschuh, sondern müssen Treiber der Digitalisierung sein. Sie sind notwendig, dürfen dabei aber nur als Mittel zum Erfolg verstanden werden. Ihre Umsetzung muss mit Augenmaß und unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen der Beteiligten, erfolgen. Der Zugriff auf Daten muss in sinnvoller und angemessener Weise ermöglicht werden.

Digitale Bildung

Wir wollen Bildungseinrichtungen in die Lage versetzen, krisensicher digital ihren Bildungsaufgaben nachkommen zu können. Digitale Bildungsangebote, -inhalte und -methoden müssen in Zukunft als gleichwertig zu den bisherigen analogen Mitteln und Methoden verstanden und als selbstverständlich betrachtet werden.

Freiheit und Sicherheit im 21. Jahrhundert

Inneres und Sport

Für Freiheit, Recht und Sicherheit

Die Menschen in Sachsen-Anhalt wollen frei und sicher leben. Hierfür muss Politik die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Sie muss es den Menschen ermöglichen, sich selbstbestimmt und frei entfalten zu können. Zugleich müssen die Menschen auf ein Leben in Sicherheit vertrauen können.

Die Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit ist und bleibt deshalb Kernaufgabe des Staates. Es gilt die Werteordnung unseres Grundgesetzes, die verfassungsrechtlich verbrieften Grundrechte unserer Bürgerinnen und Bürger und den demokratischen Rechtsstaat zu schützen sowie die Freiheit und Sicherheit jedes Einzelnen zu gewährleisten. Dafür steht die CDU Sachsen-Anhalt.

Der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols kommt dabei eine große Bedeutung zu. Mit Entschiedenheit sind alle Bestrebungen zu bekämpfen, die darauf gerichtet sind, unsere freiheitliche demokratische Grundordnung zu schwächen, zu delegitimieren oder gar zu beseitigen.

Für eine moderne und leistungsfähige Polizei

Die Stärkung der inneren Sicherheit ist seit jeher ein Markenzeichen der Politik der CDU Sachsen-Anhalt. Die Polizei in Sachsen-Anhalt ist ein verlässlicher Partner für unsere Bürgerinnen und Bürger sowie Garant für die Sicherheit. Damit die Arbeit und Präsenz der Polizei in der gesamten Fläche unseres Landes gewährleistet bleibt, brauchen wir eine gute personelle Ausstattung, einen einsatzbereiten und motivierten Polizeinachwuchs sowie eine den aktuellen Anforderungen gerecht werdende und praxisnahe Aus- und Fortbildung. Zur Verhinderung, Aufklärung und Ahndung von Straftaten, zum Schutz vor Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie für eine effektive Kriminalitätsbekämpfung haben für die CDU Sachsen-Anhalt auch Investitionen in eine technisch moderne Ausstattung hohe Priorität. Die Ausstattung der Landespolizei muss mit dem technologischen Fortschritt, neuen Kommunikationsmöglichkeiten und der zunehmenden Digitalisierung aller Lebensbereiche Schritt halten, um unter anderem auch der zunehmenden Cyberkriminalität wirksam begegnen zu können. Auch der Einsatz von Künstlicher Intelligenz zur Bewältigung der enormen Datenmengen wird unverzichtbar sein. Eine starke Landespolizei auch im digitalen Raum, muss in der Lage sein, sich den stetig wachsenden und verändernden Bedingungen anzupassen. Als CDU Sachsen-

Anhalt setzen wir uns dafür ein, dass die Möglichkeiten der digitalen Verbrechensbekämpfung beständig auf den Prüfstand gestellt und verbessert werden.

Die CDU Sachsen-Anhalt steht an der Seite der Landespolizei. Wir lassen nicht zu, dass Polizeibeamtinnen und -beamte bei der Ausübung ihres Dienstes mit Aggressivität sowie verbaler und physischer Gewalt konfrontiert werden. Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte als sichtbare Repräsentanten des Staates sind Angriffe auf den demokratischen Rechtsstaat insgesamt und nicht hinzunehmen. Sie sind daher konsequent und zeitnah zu ahnden. Tätliche und verbale Übergriffe auf Rettungskräfte und Polizei verurteilen wir aufs Schärfste und sprechen uns für eine konsequente und zeitnahe Ahndung durch das Strafrecht aus.

Sachsen-Anhalt: gegen Extremismus – für Toleranz und Weltoffenheit

Unsere Demokratie lebt von der Achtung der Menschenwürde und dem Respekt gegenüber Andersdenkenden. Jedwede Form des politischen und religiösen Extremismus stellt diese Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens infrage. Daher ist jeder Form von Radikalisierung und deren Verharmlosung mit Entschiedenheit und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegenzutreten. Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Sexismus und Intoleranz gegenüber Religion oder verschiedenartigen Lebensentwürfen dürfen in unserem Land keine Chance haben.

Dabei kommt den Verfassungsschutzbehörden eine wichtige Aufgabe zu, um Menschenrechte, Freiheit und Demokratie zu sichern. Dies gilt auch mit Blick auf gezielte, staatlich gesteuerte Desinformationskampagnen anderer Staaten, um das Vertrauen in die Institutionen des deutschen Staates und seine Verfassungsorgane zu erschüttern. Die CDU Sachsen-Anhalt lehnt sämtliche Überlegungen zur Abschaffung der Verfassungsschutzbehörden ab.

Starke Feuerwehren als Garant im Brandschutz

Rund 32.000 Feuerwehrleute im Einsatzdienst, viele freiwillige Helferinnen und Helfer im Technischen Hilfswerk, mehr als 24.000 Kräfte in den Hilfsorganisationen und nicht zuletzt die Soldatinnen und Soldaten sowie Reservistinnen und Reservisten der Bundeswehr sorgen tagtäglich für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Sie gilt es zu unterstützen. Das ehrenamtliche Engagement der Feuerwehren und aller Kräfte des Katastrophenschutzes ist für unsere Sicherheit und unseren Schutz vor Brandgefahren und Katastrophen unverzichtbar.

Die Freiwilligen Feuerwehren sind Garant für einen flächendeckenden Brandschutz im Land Sachsen-Anhalt. Die Aufrechterhaltung der flächendeckenden Einsatzbereitschaft unserer Feuerwehren ist mit Blick auf die demographische Entwicklung im ländlichen Raum eine Herausforderung für unsere Gemeinden. Hinzu kommen wachsende Aufgaben der Freiwilligen Feuerwehren mit Blick auf mit dem Klimawandel einhergehenden Extremwetterereignissen. Gleichwohl hält die CDU Sachsen-Anhalt an den Zuständigkeiten der Gemeinden für den Brandschutz fest. Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung für die Landesfeuerweherschule – dem Institut für Brand- und Katastrophenschutz in Heyrothsberge.

Die CDU Sachsen-Anhalt setzt sich für einen attraktiven freiwilligen Dienst in den Feuerwehren und eine aktive Nachwuchswerbung bei Kindern, Jugendlichen und neuen Zielgruppen ein. Dieses ehrenamtliche Engagement verdient unsere höchste Anerkennung.

Zivil- und Katastrophenschutz stärken

Der Bevölkerungsschutz ist durch Bund, Länder und Kommunen zu gewährleisten. Der Bund hat die Verantwortung für den Zivilschutz, der parallel zur verbesserten Ausstattung der Bundeswehr enorm verstärkt werden muss. Die Aufgaben des Katastrophenschutzes liegen bei Ländern und Kommunen, auf den allein mit Blick auf Extremwetterereignisse wachsende Herausforderungen zukommen. Wir setzen uns dafür ein, dass die neuen Anforderungen und Aufgaben in den zugehörigen Bereichen besser anerkannt werden. Da die Grenzen zwischen Zivil- und Katastrophenschutz allein mit Blick auf hybride Bedrohungen durch andere Staaten fließend sein können, bedarf es einer engen Abstimmung und Koordinierung der Aufgaben und Maßnahmen im Bevölkerungsschutz. Bestehende Zuständigkeiten sollen hier nicht abgeschafft, sondern beibehalten werden. Im Katastrophenschutz hat sich die dezentrale Verantwortlichkeit vor Ort bewährt. Die Bund-Länder-Kommunikation ist zu stärken und weiter auszubauen. Vergangene und bestehende Krisen haben gezeigt, dass die Ausstattung des Katastrophenschutzes regional an seine Grenzen gelangen kann. Die CDU Sachsen-Anhalt wird die Handlungsfähigkeit des Katastrophenschutzes durch die Schaffung einer Landesreserve von Katastrophenschutzmaterial, unter Berücksichtigung der Zuständigkeiten vor Ort, weiter sichern.

Zur Steigerung unserer Resilienz (Widerstandskraft) setzen wir weiterhin auf die bewährten Strukturen des Katastrophenschutzes und Rettungsdienstes in den Landkreisen im Zusammenwirken mit den verschiedenen Rettungsorganisationen (z.B. DRK, THW, DLRG etc.). Diese unterstützen wir und statten sie für die zukünftigen Herausforderungen adäquat aus. Die in der Vergangenheit erbrachten

außerordentlichen Leistungen verschiedener Organisationen zeigen, welche große Bedeutung das Ehrenamt und zivilgesellschaftliche Engagement haben.

Von der Alarmierung von Rettungskräften über die Energieversorgung und Lebensmittelbereitstellung, bis hin zur Absicherung des Zahlungsverkehrs und des Cyberschutzes - kritische Infrastrukturen (Kritis) sind für das Gemeinwesen und das Funktionieren einer staatlichen Ordnung unverzichtbar und daher unbedingt zu schützen.

Bundeswehr

Die CDU Sachsen-Anhalt ist Partner der Deutschen Bundeswehr, deren Beitrag für den Frieden, die Freiheit und die Sicherheit Deutschlands und Europas unverzichtbar ist. Als Parlamentsarmee gehört die Bundeswehr in die Mitte der Gesellschaft. Sie ist Teil des sicherheitspolitischen Instrumentariums unseres Staates und stellt – zusammen mit anderen Mitteln – dessen umfassende Handlungsfähigkeit zur Prävention, Bewältigung und Nachsorge internationaler Krisen und Konflikte sicher. Im Bündnisrahmen leisten unsere Streitkräfte einen wichtigen und von befreundeten Nationen geschätzten Beitrag zur kollektiven Sicherheit. Bei der Bewältigung von Großschadenslagen im Inland, auch in Sachsen-Anhalt, erwies sich die Bundeswehr immer als verlässlicher subsidiärer Helfer in der Not. Die Erhaltung und Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und der Beistandsfähigkeit im Rahmen unserer Bündniszugehörigkeit – die für uns nicht zur Disposition steht – sind für die CDU wichtige politische Ziele. Wir achten den persönlichen Einsatz der Soldatinnen und Soldaten sowie der Zivilbeschäftigten der Bundeswehr. Wir treten dafür ein, dass die Bundeswehr auch in Zukunft der verfassungsmäßig gebotenen Information der Öffentlichkeit – auch in Schulen – ungehindert nachkommen kann.

Zuwanderung und Integration

Sachsen-Anhalt ist ein weltoffenes Land, in dem Menschen unterschiedlicher Herkunft leben und unser Land mit ihren Fähigkeiten und Eigenschaften bereichern. Im Wettbewerb um Talente können Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur Sachsens-Anhalts nicht auf qualifizierte und leistungsbereite Zuwanderer verzichten. Die CDU Sachsen-Anhalt tritt für eine aktive Willkommenskultur ein. Deutschland hat eine besondere historisch moralische Verpflichtung gegenüber den Deutschen, die wegen ihrer Volkszugehörigkeit ein besonders schweres Kriegsfolgenschicksal erleiden mussten und die deshalb mit ihren Nachfahren als Aussiedler und Spät-aussiedler bei uns aufgenommen wurden. Ihre Stellung als deutsche Volkszugehörige ist wichtige Grundlage ihrer Integration in unsere Gesellschaft. Sachsen-Anhalt ist seit dem Ende des 2. Weltkrieges ein Land, offen für Flüchtlinge und

Vertriebene. Nach 1945 kamen 1 Mio. Vertriebene in das Land. Sie fanden hier ihre neue Heimat und leisteten Aufbauarbeit. In der DDR wurde dies nie öffentlich gewürdigt, mit der deutschen Wiedervereinigung schien dieses Kapitel deutscher Geschichte abgeschlossen. Die CDU Sachsen-Anhalts versteht sich jedoch auch als Partei der Vertriebenen und will sich entschlossen für nachträgliche Anerkennung und Würdigung der Leistungen dieser Menschen einsetzen.

Zuwanderung braucht Akzeptanz, damit Integration gelingen kann. Das Hauptaugenmerk muss auf der Einwanderung von benötigten Fachkräften sowie auf humanitärer Hilfe für Kriegsflüchtlinge liegen. Bei weiteren Flüchtlingsgruppen muss eine strikte Regulierung und Begrenzung erfolgen, damit Kommunen und Bevölkerung nicht überfordert werden.

Eine erfolgreiche Integration setzt Kenntnisse der deutschen Sprache sowie unserer Kultur und Geschichte voraus. Die Wertschätzung unseres freiheitlichen Gemeinwesens sowie die Akzeptanz unserer Rechts- und Werteordnung sind zentrale Bausteine, um Sachsen-Anhalt als neue Heimat annehmen zu können.

Nicht jeder, der zu uns kommt, kann auch bleiben. Wer schwere Straftaten begeht hat sein Schutz- und Aufenthaltsrecht in Deutschland verwirkt. Gut in Deutschland integrierten Ausländern wollen wir eine Perspektive bieten. Abgelehnte Asylbewerber müssen in ihr Herkunftsland zurückkehren. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Fluchtursachen vor Ort zu bekämpft werden und die Asyl- und Flüchtlingspolitik in der Europäischen Union gemeinsam geregelt wird.

Recht und Justiz - CDU als moderne Rechtsstaatspartei

Freiheit und Verantwortung gehören untrennbar zusammen, damit der Grundkonsens des demokratischen Verfassungsstaates stark und tragfähig bleibt, auch in unsicheren Zeiten. Grundlage für das Zusammenleben der Menschen bleibt die Werteordnung des Grundgesetzes. Die Freiheitsrechte zu sichern ist Aufgabe des Rechtsstaates. Dieser muss jedem den gleichen Zugang zum Recht gewähren und auf die Einhaltung der bürgerlichen Pflichten achten. Eine Entwertung der Grundrechte, wie etwa des Eigentums oder der persönlichen Lebensleistung der Bürgerinnen und Bürger ist nicht hinnehmbar. Die CDU Sachsen-Anhalt bekennt sich zu einer freiheitlichen, eigenverantwortlichen Lebensführung. Nur wenn Regeln befolgt und konsequent durchgesetzt werden, dient ein Rechtsstaat seinen Bürgerinnen und Bürgern. Wir setzen uns daher dafür ein, Vertrauen in eine tragfähige Justiz mit Ordnungsanspruch zu stärken.

Stärkung der unabhängigen Justiz

Die unabhängige Justiz ist das Rückgrat unseres Rechtsstaates und gewährt gleichen Zugang zum Recht. Sie ist Garant für Rechtssicherheit und Rechtsfrieden in unserem Land und schützt die Bürgerinnen und Bürger vor Willkür und Machtmissbrauch. Sie ist Grundlage für den Schutz der Menschenrechte und zur Wahrung des wirtschaftlichen und sozialen Wohlstands.

Eine starke Justiz mit bedarfsgerechter Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften ist der beste Garant die zentralen Aufgaben der Rechtsanwendung sicherzustellen. Wir stehen dafür ein, dass es so ist und auch bleibt. Nur mit einer systematischen, konsequenten und vorausschauenden Personalgewinnung für alle Justizberufe wird dies weiter gelingen. Eine überlange Verfahrensdauer verletzt die Rechte der Bürgerinnen und Bürger und vereitelt die zügige Wiederherstellung des Rechtsfriedens. Zudem gilt im Grundsatz: Recht muss klar und nachvollziehbar sein. Sinnvolle Spezialisierungen an den nötigen Stellen sorgen für höchstmögliche Qualität der Rechtsprechung.

Überflüssige Bürokratie in der Rechtsetzung und in Verfahren abzubauen, sehen wir als dringende Aufgabe des Staates an. Verfahren müssen einfacher werden, ohne dass die Qualität und der Rechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger hierunter leiden. Dies dient der Transparenz, der Berechenbarkeit und Vorhersehbarkeit staatlicher Entscheidungen und steigert so deren Legitimität. Eine derartige Vereinfachung führt zu weniger Bürokratie, reduziert Kosten und steigert die Effektivität der Zielerreichung. Hierfür müssen Verfahren zweckmäßig ausgerichtet sein. Dafür leistet die Digitalisierung einen Beitrag. Es handelt sich auch um eine originäre Aufgabe der Rechtspolitik. Vor allem müssen Gesetze und andere Rechtsnormen so allgemein verständlich formuliert werden, dass Jede und Jeder diese verstehen und sich hierauf einstellen kann. Wir setzen uns für die Schaffung eines Normenkontrollrates in Sachsen-Anhalt ein.

Wir bekennen uns zu den Standorten der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt. Auf kurzen und einfachen Wegen soll den Bürgerinnen und Bürgern der Zugang zur Justiz möglich bleiben. Die gütliche Streitbeilegung in und außerhalb von Gerichtsverfahren (z.B. Mediation und Schlichtung) hat sich bewährt und soll auch in der Fläche möglich bleiben.

Schöffen und ehrenamtliche Richterinnen und Richter in der Justiz erhalten unsere volle Anerkennung und sind integraler Bestandteil der Justiz. Getreu der Verfassung bekennen sich Schöffen und ehrenamtliche Richterinnen und Richter mit ihrem vollen Stimmrecht zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wir werben daher für diese gesellschaftliche Aufgabe auch bei den folgenden Generationen. Es bedarf einer Anerkennungskultur und bestmöglicher Rahmenbedingungen für die Ausübung des Ehrenamtes.

Digitalisierung

Unsere Justiz ist für die Menschen da und gewährt allen Generationen Zugang zum Recht ohne Zwang zur Digitalisierung. Sie muss in der Fläche präsent und für unsere Bürgerinnen und Bürger erreichbar bleiben. Hierzu braucht sie nicht nur ausreichendes Personal, sondern auch eine moderne analoge wie digitale Ausstattung. Wir unterstützen die Justiz daher bei der dringend benötigten weiteren Digitalisierung. Auch hierbei muss weiter gewährleistet sein, dass jeder Mensch gleichen Zugang zum Recht hat.

Auf dem Weg zur Einführung der elektronischen Akte bedarf es einer leistungsstarken Infrastruktur (Netze und Rechenzentren) und der Beendigung des Nebeneinanders unterschiedlicher Systeme im Bereich der Rechtspflege.

Mit der elektronischen Verkündung wird die Rechtsetzung digitaler.

Die Einführung von Legal-Tech-Anwendungen im Zuge des digitalen Wandels benötigt einen klaren und angemessenen Rechtsrahmen. Wir stehen neuen Formen einer bürgernahen Justiz und Rechtsberatung unter Nutzung der technologischen Möglichkeiten offen gegenüber. Gleichzeitig ist eine unabhängige Rechtsberatung durch eine qualifizierte Rechtsanwaltschaft, die staatsfern und als Organ der Rechtspflege dem Bürger dient, für einen demokratischen Rechtsstaat und den gleichen Zugang zum Recht eines jeden Menschen unabdingbar. Die CDU Sachsen-Anhalt setzt sich, auch unter verstärkter Anwendung der digitalen Technik, für eine Stärkung aller Formen außergerichtlicher Streitbeilegung und neue Formen der juristischen Zusammenarbeit ein.

Rechtspolitik mit Selbstbewusstsein und Ordnungsanspruch

Wir wirken dem Verlust von Rechtsbewusstsein und dem damit verbundenen Werteverfall entgegen. Es ist unsere Aufgabe, Verbrechensbekämpfung konsequent umzusetzen und unsere rechtsstaatlichen Werteüberzeugungen zu vermitteln. Hierfür ist es wichtig, die Regeln unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Bewusstsein zu halten. Das beginnt bereits im Kindesalter.

Wir stehen für klare Regeln bei strafbarem Verhalten. In der Rechtspolitik ist kein Platz für politische und gesellschaftliche Experimente. Wir wollen keine Verharmlosung von Rechtsverstößen, selbst wenn sie massenhaft begangen werden, da hierdurch Hemmschwellen gesenkt werden und das Vertrauen in den Rechtsstaat erschüttert wird.

Kinder sind unsere Zukunft. Die CDU Sachsen-Anhalt schafft die Rahmenbedingungen, dass sich Kinder mit ihren Eltern auch in Zukunft frei entwickeln können.

Der bessere Schutz unserer Kinder vor sexualisierter Gewalt, Bedrohungssituationen und persönlichen Herabsetzungen – sei es in der analogen oder digitalen Welt – hat für uns oberste Priorität. Hassreden

und Gewaltaufrufen in sozialen Medien oder Angriffen auf unsere Infrastruktur werden wir weiterhin nachhaltig begegnen.

Zu einer wehrhaften Demokratie gehört, dass wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt über Religionsgrenzen hinweg aktiv fördern und zugleich gewaltbereiten Populismus und Terrorismus konsequent bekämpfen.

Die Vorschriften des Strafrechts müssen den Unrechtsgehalt widerspiegeln und erfordern eine permanente Anpassung, damit die generalpräventive Wirkung nicht verloren geht und die Menschen in unserem Land geschützt werden.

Opferschutz als gesellschaftliche Aufgabe

Die verfassungsmäßige Ordnung des Grundgesetzes verlangt es, dass sich die staatlichen Organe schützend vor die Opfer von Straftaten stellen. Der Schutz und die Not der Opfer und die ihnen zu Teil werdende Hilfe haben Vorrang. Dies gilt insbesondere dann, wenn Kinder und Jugendliche Opfer von Straftaten werden. Anspruch auf Solidarität der Gesellschaft haben in erster Linie Opfer. Opfer von Straftaten sind oft nicht nur materiell oder körperlich, sondern auch seelisch verletzt. Die vorhandenen Instrumente des Zeugen- und Opferschutzes sollen konsequent angewandt und weiter ausgebaut werden. Wir bekennen uns weiterhin zu einer Unterstützung der vorhandenen Opferorganisationen. Es bedarf einer Erleichterung der Informationsweitergabe zum Verfahrensstand, Informationsmöglichkeiten über Schutz- und Entschädigungsmöglichkeiten sowie Hilfe bei der Kontaktaufnahme mit Opferhilfeeinrichtungen. Die Justiz steht in der Pflicht, den Opfern und Angehörigen als Lotse beizustehen. Die Justiz muss besondere Rücksicht auf Kinder in straf- und in familiengerichtlichen Verfahren nehmen.

Opfern von Gewalttaten ist schnell und unbürokratisch zu helfen. Eine ergänzende Unterstützung erfahren Opfer von Gewaltdelikten aus dem Opferhilfefonds Sachsen-Anhalts, wenn auf andere Weise finanzielle Notlagen nicht behoben oder gelindert werden können.

Betroffene empfinden es als einen Ausdruck von Rechtsstaatlichkeit, wenn die Tat zügig geahndet wird. Nur eine schnelle und vor allem wirkungsvolle Strafvollstreckung garantiert die Einhaltung der Rechtsordnung und ist daher Opferschutz. Die Strafe muss der Tat auf dem Fuß folgen. Eine besondere Bedeutung kommt dem Täter-Opfer-Ausgleich zu. Denn hier gelingt Wiedergutmachung des Schadens durch finanzielle oder symbolische Leistungen des Täters. Auch ausgebildete Schülerrichter helfen der Justiz beim Kampf gegen Jugendkriminalität. Angesichts des stetigen Anstiegs der Fälle von Partnerschaftsgewalt, deren Opfer zu ca. 90% Frauen und Kinder sind, wollen wir die Frauenhäuser und weitere relevante Formen der Beratung und Unterstützung in Sachsen-Anhalt stärken.

SED-Unrecht nicht vergessen

Die CDU Sachsen-Anhalt unterstützt Menschen, die durch erlebtes SED-Unrecht in konkrete Not geraten und daher noch heute bedürftig sind. Dabei stehen der Nachweis der erlebten Repressionen, wie auch die Anerkennung von Folgeschäden im Fokus. Die Betroffenen sollen die Möglichkeit haben, über einen Härtefallfonds für ihr erlittenes Unrecht entschädigt zu werden.

Justizvollzug und Resozialisierung

Schwerpunkt unserer Justiz- und Rechtspolitik ist die Gewährleistung eines Strafvollzugs, der vorrangig das Interesse der Bevölkerung an Sicherheit und Schutz vor Intensiv- und Rückfalltätern berücksichtigt. Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene befähigt werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen.

Wir empfinden es als eine besondere Verpflichtung, die Sicherheit der Bevölkerung durch einen effizienten und auf Resozialisierung ausgerichteten Justizvollzug zu gewährleisten. Der Vollzug muss die Bereitschaft des Gefangenen wecken und fördern, an für ihn geeigneten Maßnahmen mitzuwirken. Tagesstruktur, Ausbildung und Arbeit im Justizvollzug führen an die Lebensverhältnisse in Freiheit heran.

Wir bekennen uns zu unseren Justizvollzugseinrichtungen im Land. Zur Realisierung der Anforderungen an einen modernen Strafvollzug benötigen wir Vollzugsanstalten mit Einzelhaftplätzen und ausreichend gut qualifiziertem Personal. Mit einem guten Anerkennungsverfahren können auch ausländische Fachkräfte für die Justiz gewonnen werden.

Gemeinsam mit dem Sozialen Dienst der Justiz und der freien Straffälligenhilfe gelingt ein Übergangsmanagement für eine erfolgreiche Reintegration von Straffälligen in die Gesellschaft. Hilfeleistungen bei einer Ausbildung, erforderlicher Schuldner- oder Suchtberatung, Arbeits- und Wohnungssuche bilden die Basis für ein straffreies und selbstbestimmtes Leben.

Verbraucherschutz

In einer globalisierten und digitalen Welt gibt es viele neue Möglichkeiten. Hierfür braucht es klare Regeln, damit alle Verbraucherinnen und Verbraucher selbst entscheiden können, was sie wollen. Der mündige Bürger sollte stets respektiert werden.

Unser Ziel ist, dass Verbraucherinnen und Verbraucher ehrlich informiert und vor Betrug geschützt werden. Klare Kennzeichnungen, solide Beratung im Bedarfsfall im gesamten Land und effektiver Rechtsschutz sind dafür Grundvoraussetzungen.

Starke Bürger – Starkes Land

Moderner Staat

Sachsen-Anhalt ist unsere Heimat, Deutschland unser Vaterland im vereinten Europa. Das vereinte Europa ist für uns die Garantie für Frieden, Freiheit, Demokratie und Sicherheit und die Herrschaft des Rechts.

Wir wollen Sachsen-Anhalt weiter als selbstbewusstes und handlungsstarkes Land im Kreise der anderen Länder und des Bundes gestalten. Wir vertreten unsere Landesinteressen in Berlin und Brüssel konsequent, wahren dabei aber auch immer das gesamtdeutsche Gemeinwohl und nehmen Einfluss auf die Entwicklung der Europäischen Union. Wir treten ein für die strikte Wahrung des Subsidiaritätsprinzips bei allen weiteren Entwicklungen.

Unser freiheitlicher Staat entscheidet nichts über die Köpfe der Menschen hinweg. Wir bestärken die Menschen konsequent darin, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, statt sich von einem "fürsorglichen" Staat bevormunden zu lassen. Wir streben eine einfache, bürgernahe Verwaltung an und wollen die Behördenstruktur in Land und Kommunen verschlanken, um wesentlich schneller zu werden. Dabei lassen wir uns von dem Grundsatz leiten, dass vor Ort entschieden werden soll, was dort erledigt werden kann. Der Staat hat vor allem die Aufgabe, vorausschauend und abwägend zu planen, um handlungsfähig zu bleiben. Die Herausforderungen für eine ganzheitliche und vernetzte Zukunftsplanung werden immer größer. Verkehrs-, Umwelt- oder Strukturpolitik greifen ineinander. Dem muss sich der Staat stellen, um nicht den Ereignissen hinterher zu laufen. Wir wollen die Rolle der Kommunen und des Landtags in allen Entscheidungsprozessen stärken, sie sind die Herzkammern unserer Demokratie.

Unser Staat ist aber auch ein Garant für die öffentliche Sicherheit und eine Ordnungsmacht, die gewährleistet, dass jeder angstfrei in persönlicher Freiheit leben kann, solange er nicht Freiheitsrechte Dritter gefährdet oder verletzt. Das demokratisch geschaffene Recht wird von uns konsequent durchgesetzt – und die Menschen, die es durchsetzen, unterstützen wir wirksam. Rechtsfreie Räume dulden wir nicht.

Digitale Verwaltung

Sachsen-Anhalt ist ein modernes Land, das bei der digitalen Transformation im Bereich der Verwaltung, der digitalen Infrastruktur und der Digitalisierung in vielen Bereichen der Gesellschaft schon viel erreicht hat. Grundlage dafür ist ein zukunftsfester Ausbau von Breitband und Mobilfunk. Die digitale Infrastruktur betrachten wir als Rückgrat für alle zukünftigen Angebote der Wirtschaft, der Bildung, der Kultur und aller anderen Lebensbereiche.

Der moderne Staat setzt auf Bürgernähe und die Vereinfachung von Verwaltungsverfahren durch digitale Angebote. Nur eine schnelle und flexible Verwaltung, die sich als Dienstleister für eine moderne Gesellschaft versteht, kann die gesellschaftlichen und ökonomischen Herausforderungen bewältigen. Dabei bleiben geordnete und transparente Abläufe für uns wichtig. Wir stellen jedoch die Bürokratie immer auf den Prüfstand. Eine Verschlankung der Prozesse bleibt für uns eine Daueraufgabe.

Den Menschen werden wir digitalisierte Prozesse der Verwaltung aus einer Hand und mit kurzen Bearbeitungszeiten anbieten. Alle Verwaltungsleistungen müssen online und durchgehend digital für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft angeboten werden. Eine moderne Verwaltung setzt bei Umsetzung und Betrieb auch gezielt auf externe Expertise, vorrangig aus der heimischen Wirtschaft. Bei der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen lassen wir jedoch niemanden zurück. Für Menschen, die digitale Verfahren noch als Zugangsschranke empfinden, bieten wir in den Gemeinden des Landes Serviceangebote. Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern ist uns wichtig, um ihre Ansichten in Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Zugleich setzen eine erfolgreiche Ansiedlungspolitik und ein gelingender Strukturwandel auch eine leistungsfähige digitale Kommunal- und Landesverwaltung voraus. Die CDU Sachsen-Anhalts ist und bleibt Motor der digitalen Entwicklung im ganzen Land.

Kommunales

Leistungsfähige Kommunen als Basis des Staates

Die kommunale Selbstverwaltung ist Grundlage unseres demokratischen, föderalen Staatsaufbaus. Sie ist gelebter Ausdruck des Subsidiaritätsprinzips, wonach die Entscheidungen, wo immer möglich, vor Ort getroffen werden sollen. Städte, Gemeinden und Landkreise sind zudem die häufigste behördliche Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger. Hier wird maßgeblich das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das Funktionieren des Staates geprägt. Daher bedarf es leistungsfähiger und bürgernahe Kommunen.

Die CDU Sachsen-Anhalt ist die am stärksten in den Kommunen unseres Landes verwurzelte Partei. Im engen Austausch mit unseren kommunalen Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern wissen wir um die wichtigen Aufgaben, die auf kommunaler Ebene zu leisten sind und geleistet werden.

Sie sind mit den Ideen, Wünschen, aber auch Sorgen der Menschen in Sachsen-Anhalt vertraut. Die CDU Sachsen-Anhalt wird die Kommunen auch künftig bei ihren Aufgaben besonders unterstützen und die Handlungsspielräume der örtlichen Gemeinschaften wahren.

Das kommunalpolitische Ehrenamt fördern

Die kommunalen Vertretungen sind für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Wir wollen das ehrenamtliche Engagement in der Kommunalpolitik stärken und eine hohe Effektivität der Mitgestaltung gewährleisten. Daran hat sich insbesondere die Organisation der Arbeit in den kommunalen Vertretungen und ihren Ausschüssen zu orientieren.

Verlässlichkeit in kommunaler Sicherheit

Kommunale Sicherheitsbehörden sind für die Bürgerinnen und Bürger ein wichtiger Ansprechpartner im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Sie sind unerlässlich, um das objektive und subjektive Sicherheitsgefühl zu stärken. Wir wollen die zuständigen Stellen in den Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben stärker in die Pflicht nehmen und den gewachsenen Anforderungen entsprechend unterstützen.

Ehrenamtliches Engagement

Das ehrenamtliche Engagement ist eine der tragenden Säulen unserer Gesellschaft, auch um attraktive Lebensbedingungen im ländlichen Raum zu erhalten und hat für den gesellschaftlichen Zusammenhalt eine herausragende Bedeutung. Feuerwehren, Heimat- oder Seniorenvereine, Landfrauenverband, Landjugend sowie Naturschutz- und Landschaftspflegeverbände, Tierzucht- und Kleingärtenvereine, sowie Sportvereine und sonstige Vereine leisten einen unschätzbaren Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Entwicklung unseres Landes, welche wir zu würdigen wissen und weiter fördern wollen.

Die Nachwuchsgewinnung in den Vereinen und die Modernisierung von Sport- und Vereinsstätten wollen wir durch Bundes- und Landesprogramme in den Kommunen weiterhin unterstützen.

Sport

Der Sport hat eine große begeisternde und integrative Kraft, um Menschen aus allen Generationen und allen gesellschaftlichen Bereichen des Lebens zusammenzubringen und Gemeinsamkeiten zu schaffen. Dies gilt sowohl für den Spitzensport, der auch von großer Bedeutung für das Ansehen des Landes ist und identitätsstiftend wirkt, als auch für den Behindertensport, Vereins- und Breitensport. Die Vereine fördern den sportlichen Geist vor Ort und sind mit ihrem ehrenamtlichen Engagement unverzichtbar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Als CDU Sachsen-Anhalt machen wir uns für eine Förderung der sportlichen Vielfalt und Breite im Land stark. Wir werden die Vereine vor Ort weiterhin unterstützen.

Um Sport im Verein oder auf nationalen und internationalem Spitzenniveau treiben zu können, bedarf es einer guten Sportstätteninfrastruktur. Wir setzen uns dafür ein, dass in unseren Stadien, Sportanlagen und Sporthallen nationale wie auch internationale Meisterschaften stattfinden.

Europa

Viele politische Themenfelder werden heute von der Europäischen Union (EU) mitbestimmt. Das ist nötig, um einheitliche Standards in der EU zu schaffen, wie z. B. in der Umweltpolitik. Wir wahren den Grundsatz, dass Entscheidungen möglichst auf der jeweils untersten Ebene getroffen werden sollten, angefangen bei den Kommunen über die Länder bis zum Bund und der EU. Deshalb vertreten wir unsere Landesinteressen und die unserer Kommunen in Brüssel und Berlin konsequent. Unsere Abgeordneten im Europäischen Parlament, unsere Mitglieder im Ausschuss der Regionen und die Vertretung unseres Landes in Brüssel sind Garanten dafür. Wir brauchen die europäische Ebene auch in Zukunft, um unsere Strukturen zu entwickeln und der Wirtschaft gute Rahmenbedingungen zu geben. Dafür stehen nicht zuletzt die europäischen Struktur- und Investitionsfonds und Instrumente wie der Chips Act, der z.B. entscheidend dazu beiträgt, Intel in Magdeburg anzusiedeln. Wir stehen der Erweiterung der EU um Staaten, die unsere demokratischen und freiheitlichen Werte teilen, offen gegenüber.

Impressum

CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt

Fürstenwallstraße 17

39104 Magdeburg

Tel.: 0391/ 5666 10

Fax: 0391/ 5666 30

E-Mail: post@cdulsa.de

V.i.S.d.P. Mario Zeising – Landesgeschäftsführer der CDU Sachsen-Anhalt